



Arwed Milz

Fieberkurven

Teil I Kindheit und Jugend

1. Von Ostpreußen nach Ostfriesland 1938 – 1956
2. Dorfvolksschule
3. Raus und weg nach Afrika 1957 - 1958
4. Halbstarke in Emden 1958 - 1959
5. Umorientierung: Bildungs- und Aufstiegsinteressen ab 1960
6. Das Studium der „bürgerlichen Wissenschaften“
7. Polizeieinsätze empören und politisieren
8. Regelverletzungen: direkte Aktionen, Happenings, GoIns, SitIns
9. Interne Organisationsstruktur und Willensbildung im SDS 1967
10. Kandidatur zum StuPa – Repräsentative Demokratie an der Universität
11. Organisationsreform des SDS 1968 – Arbeitskollektive und Basisdemokratie
12. Privatleben im politischen Leben
13. Antiautoritärer Aufstand gegen den SDS-Vorstand auf der 23. DK
14. Das „Linkskartell“ und die Besetzung des Psychologischen Instituts
15. ASTA-Organisationsreferent – Basisgruppenpolitik an der Universität
16. Letzter Versuch: Einheit in der Studierendenbewegung
17. Die „Zelle Produktion“ und der kurze Weg in und durch den KHB/ML

Teil II Der lange Marsch in die Institutionen und Rückkehr nach Afrika

18. Politische und berufliche Perspektiven verbinden
19. Als 68er auf dem Weg in und durch die Gewerkschaft ÖTV von 1979 – 1998
 - Gegen Widerstände in hauptamtliche Tätigkeiten bei der ÖTV
 - Wie bringen wir Werte der 68er in die Gewerkschaftsarbeit ein?
 - Neue innergewerkschaftliche Machtverhältnisse
 - Mehr Lohn für Frauen - Abwehrkämpfe gegen Privatisierung
20. Die Rückkehr nach Afrika: Das Ende der Befreiungsideologien.
 - Konkrete Solidarität in kleinen Selbsthilfe Projekten in Westafrika 2000 – 2020

Teil I Kindheit und Jugend

1. Von Ostpreußen nach Ostfriesland 1938 – 1956

Meine Kindheit im Krieg mit der Flucht aus Ostpreußen erinnere ich als eine Zeit voller Abenteuer und Abwechslung. Angst und Unsicherheit gab es kaum. Königsberg, mein Geburtsort, wurde erst im August 1944 bombardiert. Wir verbrachten viel Zeit im Luftschutzkeller. Meine Mutter las viel vor, lenkte uns mit Liedern und Spielen ab. Bald zog sie mit ihren drei Kindern, (Regina*1936, Arwed*1938, Georg*1942) zur Großmutter auf einen Bauernhof südlich von Königsberg. Mein Vater, Ingenieur und Hauptmann der Wehrmacht, sorgte dafür, dass wir Ostpreußen verließen, bevor die russische Front zu nahe kam. Ein kleines Dorf bei Stettin bot zunächst besseren Schutz. Tanten und Cousinen kamen nach. Eigentlich war es verboten, die „Festung“ Ostpreußen zu verlassen. Unsere Großmutter blieb darum zurück. Sie musste sich vorsehen: Als ihr erster Sohn in Russland fiel, riss sie das Hitlerbild von der Wand und zertrampelte es. Die Gestapo kam prompt: Wehrkraftzersetzung. Der Dorfbürgermeister bewahrte sie vor einer Festnahme. Sie gelobte Besserung.

Kurz bevor die Kriegsfront unsere Zwischenstation bei Stettin erreichte, wurden wir mit Güterwagen ohne Zwischenfälle nach Ostfriesland transportiert. Es gab kein Gedränge, die Versorgung war gesichert. Meine Großmutter floh über das Kurische Haff, verlor ihr Pferdegespann und landete in Dänemark. Die Fluchtwege der Familie waren voller Dramatik. Skeptiker brachten sich rechtzeitig in Sicherheit. Wer an den „Endsieg“ glaubte oder Verbote befolgte, war verloren. Die Turbulenzen der Flucht aus dem geliebten Ostpreußen dominierten lange die Treffen der Großfamilie. Nicht alle schafften es. Die „alte Heimat“ war dahin. Unter den fast 50 Angehörigen gab es revanchistische Stimmen. Aber die versöhnlichen überwogen: Der gütige alte Patriarch, ein anerkannter Pastor und Dekan, besänftigte und ermutigte alle Jahre wieder seine Lieben mit seiner Ansprache: Überlebensglück, Dankbarkeit und Zuversicht, den Kindern eine neue Heimat zu schaffen, überwogen, auch der Stolz auf den soliden Status, den die Familie anstreben und wiedererlangen würde.

Unser neues Leben in einem ostfriesischen Dorf war von Armut und Mangel der Nachkriegszeit geprägt: Wir Kinder mussten viel mithelfen. Als düster empfand ich Zeit nicht, manchmal war es langweilig in der Schule und öde an Sonntagen. Kurz nach Ende des Krieges hatte ich ein Erlebnis, das sich mir einprägte. An einem milden Abend im Mai 1945 spielten wir auf einer Wiese. Die Kühe wurden gemolken. Auf der Dorfstraße fuhren zwei kanadische Soldaten auf Motorrädern an uns vorbei und schossen in Siegerpose Leuchtraketen ab. Als die beiden auf unserer Höhe waren, warf ich einen harten Lehmkluten in ihre Richtung, denn das war doch der „Feind“. Alle kapitulierten? Ich nicht! Die Soldaten stoppten. Ich floh in den Graben. Sie redeten mit der Bäuerin. Einer legte sein Messer demonstrativ auf sein Ohr und zeigte auf mich. Ich verstand: Wir schneiden Dir das Ohr ab! Sie brausten davon.¹

2. Dorfvolksschule

Meine Mutter Annemarie (*1910) war Lehrerin. Sie übernahm im Sommer 1945 den Unterricht beider großer Klassen an der Volksschule und arbeitete in zwei Schichten, vormittags und nachmittags. Später kam ein strafversetzter Studienrat aus Berlin hinzu. Er war hoher Nazifunktionär im Sport gewesen. Von ihm hörte ich im Unterricht nichts über die Nazizeit. Er schwärmte nicht vom Krieg wie manch anderer Veteran. Sein Heimatkundeunterricht bestand vor allem

¹ Wenn palästinensische Jungen gezeigt werden, die Steine werfen, denke ich an diese Szene im Mai 1945.

darin, aus der „Bildzeitung“ große Artikel und Fotos aufzuhängen und zu erläutern. Der Geschichtsunterricht endete bei Friedrich dem Großen, den er verehrte und gerne zitierte: „Und wenn der große Friedrich kommt und klopft nur auf die Hosen, dann rennen die Franzosen“. Das mussten wir im Chor nachsprechen und er lachte laut los.

Um 1950 wurden wir mit der Vernichtung der Juden in Konzentrationslagern konfrontiert. Alle Dorfbewohner mussten sich im Tanzsaal der Gaststätte einen Dokumentarfilm über die Befreiung der Konzentrationslager ansehen: schreckliche Leichenberge, ausgemergelte Überlebende, Massengräber. Welchen Eindruck das bei den Dorfbewohnern hinterlassen hat, weiß ich nicht mehr.² Mir haben sich diese Bilder tief eingebrannt. Mit zusätzlichen schriftlichen und mündlichen Informationen begriff ich, dass das Naziregime ein Schreckens- und Terrorregime war.

Diese vorpolitischen Kenntnisse dominierten mein Kinderleben im Dorf nicht. Für mich als wilden, neugierigen und unternehmungslustigen Jungen gab es mit den anderen viel zu entdecken. Wir stromerten nach der Schule in der Gegend herum. Draußen im Moor und Wald mit Kanälen und Teichen tobten wir uns sommers wie winters aus. Abends las ich Abenteuerbücher und Comics, mein Liebling und Vorbild war „Prinz Eisenherz“. So wollte ich leben!

Das Dorf wurde für Heranwachsende langweilig. Höhepunkte waren die Dorffeste, auf denen es nach Mitternacht obligatorische Schlägereien gab. Diese Gewalttätigkeiten waren für die Beteiligten folgenlos. Blessuren wurden anderntags wie Schmissee stolz vorgezeigt. Gewalt war zur Durchsetzung des eigenen Willens üblich und akzeptiert. Prügel von Lehrern und Eltern, Raufereien unter Kindern und Verprügeln von Ehefrauen kamen oft vor. Wir Kinder guckten zu: Eine Ehefrau im Dorf verhaute ihren Mann regelmäßig. Tiere wurden brutal behandelt. Jugendliche boxten und verletzten sich gegenseitig oft, bis Nasen oder Lippen bluteten. Das gehörte dazu. Nicht alle mochten das. Mein Freund Albrecht und ich standen meist abseits, wurden gehänselt, provoziert, gaben contra und verschwanden. Wir waren gute Läufer.

3. Raus und weg nach Afrika 1957 – 1958

Nach der Volksschule arbeitete ich in der Landwirtschaft. Lehrstellen waren rar, weiterführende Schulen lagen abseits. Der Bauer experimentierte mit Akkordarbeit: Für jeden Zentner Kartoffeln gab es 1,- DM, das „Torfstücken“ wurde nach Metern entlohnt, Karottenziehen nach Kilos. Das war harte Arbeit für wenig Lohn und viel Geschrei, entwürdigend und nichts für uns Jungs.

Dann besuchte ich für zwei Jahre die Handelsschule und erwarb kaufmännische Grundkenntnisse. Ich lernte das Schreiben auf der Schreibmaschine und Buchführung/Bilanzen, ein Basisinstrument der Betriebswirtschaft, das mir später nützte. Weil es nichts anderes gab, begann ich eine Lehre als Vermessungstechniker in Emden und kam um vor Langweile. Die rebellische Musik des *rock and roll* und das Outfit der Jugend mit Jeans und längeren Haaren, das aus dem verheißungsvollen Amerika kam, nahm ich begeistert und trotzig auf. Ich legte mir eine Prinzeisenherzfrisur zu und galt in Emden als der mit den „Simpelfransen“. Diese „Amerikanisierung“ wurde von Erwachsenen überhaupt nicht akzeptiert.³ Sie meckerten uns auf der Straße an wie TugendwächterInnen.

² Die meisten waren überzeugt, dass sie nichts damit zu tun hatten. Dass es im Dorf ein Lager für Kriegsgefangene gab, die bei den Bauern schufteten, sei zu erklären: „Es war Krieg und unsere Männer waren weg.“ Die Geschundenen verhungerten und starben. Ein Denkmal wurde auf Initiative von niederländischen Nachkommen für 200 Tote nach Jahrzehnten errichtet und im Dorf so vernachlässigt, so dass die Kommune die Pflege übernahm.

³ Heute kann sich niemand mehr vorstellen, was ein Pony auslöste: Haare, die in die Stirn fielen, riefen Misstrauen wach! Wer nichts zu verbergen hat, zeige seine Stirn! Und umgekehrt. – Reste der NaziUNKultur



Passfoto 1957

Und dann brach mit Wucht der erste Schicksalsschlag in mein Leben:

Im Herbst verunglückte mein bester Freund Albrecht tödlich. Ich verzweifelte. Alle waren geschockt. Das Dorfleben erstarrte: kein Kind draußen, der Friedhof schwarz von Menschen, die Glocken klangen furchtbar.

Nach der Beerdigung wollte ich nur noch weg und raus, um die weite Welt zu sehen und zu erleben. Der Tod könnte alles vereiteln! Im Frühjahr 1957 trampte ich los, ohne meine Eltern einzuweihen. Über Westeuropa erreichte ich zuerst die faschistischen Länder Spanien und Portugal. Weiter ging es ins frisch unabhängige Marokko und durch Algerien, das im Befreiungskampf stand. Ich erlebte im Gespräch und Alltag Menschen, die an den Nachwirkungen des Faschismus und Kolonialismus litten. Ich traf Aktivisten aus dem Widerstand. In Marokko sprach ich lange mit einem Mitglied der algerischen Befreiungsbewegung (FNL). Ich hatte bis dahin keine Ahnung, was da los war. Zum ersten Mal hörte ich von der Unterdrückung, den Schikanen und dem Widerstand der algerischen Bevölkerung. Vorher war das für mich ein unbekannter, ferner Krieg. Als der Zug durch Algerien zuckelte, sah ich die Folgen: verbarrikadierte Bahnhöfe, gesprengte Züge und abgebrannte kleine Gehöfte. Mit mulmigem Gefühl schrieb ich unter ein Foto „Attentat“, nicht „Anschlag der FNL“.



Eine Station in Algerien/1957



Fotos: Arwed Milz

Der Zug war voll von französischen Soldaten und Fremdenlegionären. Soldaten aus Lothringen beklagten: „Das ist nicht unser Krieg! Mal gehörten wir zu Deutschland mal zu Frankreich und jetzt dieses Gemetzel.“ Die deutschen Fremdenlegionäre protzten mit ihren Heldentaten und sahen verächtlich auf die wehrpflichtigen französischen Soldaten herab: „Weicheier!“

In Tunis lernte ich eine deutsche Organisation kennen, die Fremdenlegionäre in Algerien zum Desertieren aufforderte und für ihre Rückführung nach Deutschland sorgte. Organisator war der deutsch-algerische Si Mustapha-Müller, Mitglied der FNL. Insgesamt 4000 Fremdenlegionäre kamen so zurück. Später erfuhr ich, dass Klaus Vack, ein Gründer des Sozialistischen Büros (SB), 1969 an dieser Organisation beteiligt war. Viele Fremdenlegionäre waren gleich nach dem Krieg von den Franzosen aus der Waffen-SS angeworben und nach Indochina geschickt worden. Einer hatte die Gräueltaten in Indochina mitgemacht und berichtete Schreckliches, entsetzt von sich und den Mittätern.⁴

Für die Weiterreise nach Osten, schloss sich mir ein ehemaliger Fremdenlegionär an, der nach Südafrika wollte, um dort als Schweißer zu arbeiten. In Libyen nahm uns ein Trupp amerikanischer Geologen, die für amerikanische Firmen nach Erdöl in der Wüste suchte, in ihrem Auto mit. Sie waren 14 Tage auf Ölsuche in der Wüste und hatten 14 Tage Freizeit. Stationiert waren sie auf einer großen amerikanischen Militärbasis bei Tripolis. In einem Dorf wurde das Auto von Einheimischen mit Steinen beworfen. Die Amerikaner entscherten ihre Pistolen und gaben Vollgas. „Die hassen uns! Warum?“ Dass große Teile der libyschen Bevölkerung die amerikanische Ölausbeutung, von der sie nicht profitierten, ablehnten, ahnte ich damals nur. Erst Jahre später, als ich eine Arbeit über die sog. Entwicklungshilfe schrieb, durchschaute ich diesen Neoimperialismus.

Die Krise und der Krieg um den Suezkanal von Oktober 1956–März 1957 lagen nur ein halbes Jahr zurück, als ich in Ägypten ankam.

⁴ Über den Befreiungskrieg in Algerien informierte ich mich erst in den 1960er Jahren. Dazu gehörte auch die Lektüre von Frantz Fanon über den Algerienkrieg „Die Verdammten dieser Erde“. Das Buch spielte im Gewaltdiskurs der 68er eine große Rolle. Ich hatte, wenn auch nur punktuell, schon 1957 von der Realität dieses Krieges vor Ort viel gesehen und gehört.

Exkurs: Der Suezkanal stand bis zum Ausbruch der Krise unter wirtschaftlicher Nutzung und Kontrolle Englands und Frankreichs. Das inzwischen souveräne Ägypten unter Führung von Nasser verstaatlichte den Suezkanal. England und Frankreich antworteten mit Krieg und Israel schlug sich auf die Seite der Angreifer. Die israelische Armee überrannte die ägyptischen Verteidigungslinien auf dem Sinai bis zum Suezkanal. Durch den Druck der Sowjetunion, USA u.a. Staaten wurde die Rückgabe der eroberten Gebiete erzwungen. Eine UNO-Friedenstruppe wurde an der Grenze von Ägypten und Israel auf dem Sinai stationiert.

Neben der Besichtigung alter ägyptischer Kulturdenkmäler und dem Erleben des quirligen Stadt- und Marktens, gingen wir häufiger ins Freiluftkino, das meistens drei Filme hintereinander zeigte, darunter einen Propagandafilm. Besonders auffallend: Im krassen Schwarzweiß von Leni Riefenstahl zeigte er einen Grenzzaun, an dem ein palästinensischer Vater und sein Sohn sehnsüchtig auf ihr verlorenes Feld mit Weinstöcken hinter dem Stacheldraht schauen. Das Kind kriecht durch den Zaun, pflückt mehrere Trauben und läuft zurück. Ein israelischer Soldat mit Hakennase und diabolischem Grinsen zielt auf das Kind und knallt es ab.

Der Kinosaal tobte. Am liebsten wären sie an die Grenze gelaufen, um den Zaun abzureißen. Später erfuhr ich, dass viele Nazis aus dem deutschen Kulturbereich nach Ägypten flohen und dort als anerkannte Profis tätig waren. Ihre Handschrift prägte die Filme.

„Rommel gut“ oder „Hitler gut“ waren als Begrüßung von uns Deutschen üblich. In der Jugendherberge von Kairo, ein Flussschiff am Nil, hatten wir eines Abends die übliche Diskussion über Hitler. Der Herbergsvater nervte uns mit seinem Spruch: „Hitler gut“. Da platzte mir der Kragen. Ich zeigte auf eine Stehlampe mit einem durchsichtigen Lederhautbezug und fragte ihn, ob er wisse, dass Nazis im KZ aus der Haut von Juden Lampenschirme gemacht hätten. Das Gespräch war damit beendet. Wir mussten am anderen Tag die Herberge verlassen.

Andererseits stieß ich als Deutscher auch auf Ablehnung. In einem Soldatenlokal der amerikanischen Militärbasis in Libyen wurde ich von einem Offizier jüdischen Glaubens als „deutscher Nazi“ beschimpft und rausgeschmissen. Die Geologen erzählten, die Eltern und alle Verwandten des officers seien im KZ ermordet worden. Kurze Zeit später, in Alexandria, wurde eine Freundschaft mit einer jungen Ägypterin jüdischen Glaubens abrupt beendet, weil ihre Eltern jeden Umgang mit mir, einem Deutschen, verboten. Diese Ereignisse sensibilisierten mich früh für deutsch-israelisch-palästinensische Konflikte.

Der Kolonialkrieg in Algerien, der Neoimperialismus in Libyen, der Antisemitismus in Ägypten verunsicherten und berührten mich. Ich konnte die Erlebnisse damals nicht in einen größeren politischen Rahmen einordnen.⁵ Aber sie dominierten meine Eindrücke nicht. Die Gastfreundschaft in Afrika und die faszinierenden Landschaften, besonders in Äthiopien, hinterließen gute Erfahrungen. Sie bestärkten eine Sehnsucht nach dem Anderen in der weiten Welt für mein ganzes Leben.

4. Halbstarke in Emden 1958 - 1959

Nach dem Trampjahr, zurück in Deutschland, nahm ich die Lehre zum Vermessungstechniker wieder auf, nicht wie zuvor bei der Stadt Emden, sondern bei einem Vermessungsingenieur. Er vermaß vor allem Baugrundstücke und Land für die große Flurbereinigung in der ostfriesischen

⁵ Später stützten sie meine „linke“ Weltanschauung. Die habe ich mir nicht nur angelesen.

Landwirtschaft. Die in der Erbfolge verkleinerten und verstreuten landwirtschaftlichen Grundstücke wurden durch Tausch zu größeren Einheiten zusammengelegt. Das war die Grundlage für die Mechanisierung und spätere Industrialisierung der Agrarwirtschaft.

Ich war viel an der frischen Luft. Das gefiel mir. Langeweile kam trotzdem auf. Im Vergleich zu Afrika war alles fad. Politik interessierte mich nur am Rande. Die große Protestbewegung gegen den Atomtod in der BRD nahm ich wahr, auch die Revolution in Kuba. Als ich in Afrika war, hatte sich im Dorf das Gerücht verbreitet, ich sei bei Fidel Castro in Kuba, um ihm bei der Revolution zu helfen. Kuba hätte mir als Ziel gefallen, aber wie hinkommen?

Die Welle des *rock and roll* erreichte gerade ihren Höhepunkt. Bill Haleys „Rock Around The Clock“ galt als „Hymne des Teenager-Terrors“, denn die Konzerte waren mit Jugendkrawallen in den Großstädten verbunden. Die Halbstarke-Rebellion zog mich in ihren Bann. Es war mir wichtig, mich vor dem Filmplakat in Emden knipsen zu lassen.

Krawall wollten wir in Emden auch machen. Da gab es zwar keine Konzerte, aber *rock and roll* Filme und so zogen wir kleine Aufstände im Kinosaal durch. Besonders inspirierten uns Filme über „Halbstarke“, so nannte man Jugendliche abschätzig. Der Film „Denn sie wissen nicht, was sie tun“, (rebell without a cause), mit James Dean war ein Renner. Er rebellierte gegen alles ohne Begründung, veranstaltete Autorennen und wilde Rasereien. Wir hatten keine Autos wie diese amerikanischen Mittelschichtkinder, wollten aber Randalen machen.



Zuerst knackten wir Zigarettenautomaten, dann erschreckten wir Spaziergänger auf den Wallanlagen, prügeln uns mit anderen Halbstarke und zum Schluss stahlen wir Autos. Dieses rebellische Treiben fand schnell ein Ende. Wir flogen auf und landeten im Jugendgefängnis. Nach dreimonatiger U-Haft erhielt ich eine Jugendstrafe von 9 Monaten auf Bewährung. Das

wuchs sich zur großen Krise für mich aus. Ich wurde als Krimineller stigmatisiert. Die historische Rolle der Halbstarke-Rebellion als Beginn kultureller Umwälzungen war noch nicht zu erkennen.

Es ging Zug um Zug: Ich verlor meine Lehrstelle und die erste feste Freundin. Die 15jährige Schülerin musste sich dem Druck ihrer Eltern beugen. Freundschaften gingen zu Bruch. Ich wurde auf das Heimatdorf, das weitab lag, zurückgeworfen. Da stand meine Familie uneingeschränkt zu mir. Sie fing mich auf und stabilisierte mich.⁶

Mein Vater Gerhard, (*1910), ein ehemaliger Berufssoldat, zunächst bei der Reichswehr, dann bei der Wehrmacht, verlor in der Nachkriegszeit seinen Status als Patriarch der Familie. Meine Mutter war als Lehrerin die Haupternährerin der Familie. Sie setzte ein offenes, fürsorglich-liberales Klima durch. Prägungen der Nazizeit verloren sich. Mein Vater bestritt unter Hinweis auf die neutrale Wehrmacht, die ja kein Wahlrecht hatte, konsequent jeden Anteil daran, dass Hitler bei den Reichstagswahlen 1932/33 an die Macht kam. Als Bombenentschärfer, er war Ingenieur und Feuerwerker, habe er hinter der Front mit den Verbrechen der Wehrmacht nichts zu tun gehabt. Beruflich konnte er nicht wieder einsteigen; er hatte einen Bruder, der in der DDR als überzeugter Kommunist auftrat. So wurde er Künstler, pflegte meine Mutter bis 1996 und starb 2000 im hohen Alter. Politisch landete er wie alle anderen Familienmitglieder nach einigen Umwegen in der SPD und wählte später die *Grünen*.

Er half mir sehr bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Nach einjähriger Arbeitslosigkeit fand er 1960 eine Lehrstelle als Stahlbauschlosser. Da stählerne Brücken und Bauten in aller Welt gebraucht wurden, kalkulierte ich, als qualifizierter Facharbeiter wieder raus in die Welt zu ziehen. In der Stahlbauschlosserlehre ab 1959 bei Krupp in Bremen lernte ich die Gewerkschaft kennen und schätzen und wurde Mitglied in der IG-Metall.

Mein Musikinteresse verlagerte sich zum Blues. Treffpunkt war die legendäre „Lila Eule“, gegründet 1959 in Bremen.⁷ Meine Lehrzeit wurde wegen guter Leistungen auf zwei Jahre verkürzt. Als Facharbeiter bewarb ich mich mit einem Freund bei einer Montagefirma, die in Südafrika Brücken baute. Kurz vor unserem Flug nach Südafrika passierte mir das große Glück der Liebe zu Helga. Das führte zu einer Kehrtwende. Afrika war gestrichen. Erstmal.

5. Umorientierung: Bildungs- und Aufstiegsinteressen ab 1960

Helgas Vater war Lehrer und Kollege meiner Mutter. Wir lebten im selben Dorf. Ich kannte sie von klein auf. Auf einer Familienfeier 1962 nahm ich sie als 17jährige Schülerin erstmals ernsthaft wahr. Sie war witzig, frech, mutig und unternehmungslustig. Die Freundschaft entwickelte sich langsam, die zarte Liebesbeziehung brauchte Zeit. Ihre Eltern mauerten und hatten Vorbehalte wegen des Altersunterschieds. Sie sei zu jung für eine enge Bindung. Meine Eltern waren begeistert. Das half.

Bald war mir klar, dass eine gemeinsame Zukunft, – ich als Handwerker, sie als Abiturientin/Studentin – schwierig werden würde. Helga kam aus einem links-politisch engagierten Familienverband und diskutierte laufend über Ereignisse wie z.B. die Ermordung von Kennedy

⁶ Das war nicht der „Scheißhaufen“, über den Jean Paul Sartre schrieb. Auch nicht eine „autoritäre Keimzelle“ wie Wilhelm Reich sie charakterisierte. Wenn solche Bezeichnungen später von 68ern als Realbeschreibungen übernommen wurden, widerstrebten sie mir aufgrund eigener gänzlich anderer Erfahrungen.

⁷ Dort trafen sich damals aufmüpfige Halbstarke und in der 1960ern rebellische Studenten und Schüler aus Bremen.

1963, Auschwitzprozesse oder die deutschen Kriege und Schuldfrage. Das waren Themen in ihrer Familie, nicht im Gymnasium, wie ich zuerst dachte.

Ich nutzte gewerkschaftliche Kursangebote, die mehrwöchig und bis zu einem halben Jahr in Heimvolkshochschulen stattfanden. So holte ich sowohl allgemeine wie auch polit-ökonomische Bildung nach. An der Heimvolkshochschule in Hustedt in der Lüneburger Heide bereitete ich mich auf ein Studium im Rahmen des 2. Bildungswegs an der „Akademie für Wirtschaft und Politik“ vor, später umbenannt zur „Hochschule für Wirtschaft und Politik“ (HWP).

Exkurs: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde 1948 auf Anregung der Gewerkschaften und Genossenschaften vom Hamburger Senat die Akademie für Gemeinwirtschaft gegründet. Die Ausbildung des Führungsnachwuchses für eine zukünftige Gemeinwirtschaft stand auf dem Programm. Wesentliche Teile der Konsumgüterproduktion und sozialen Dienstleistungen sollten der kapitalistischen Profitmaximierung entzogen werden und nur den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung entsprechen. Als sich die profitorientierte Marktwirtschaft in den folgenden Jahren durchsetzte, änderte die Akademie nicht nur ihren Namen in „Akademie für Wirtschaft und Politik“, sondern auch ihren Anspruch. Sie bot weiterhin die Möglichkeit, ohne Abitur nach einer Aufnahmeprüfung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu studieren. Aber jetzt erhielten 20% der Absolventen mit einer guten Abschlussnote die Hochschulreife für ein Studium an der Universität. Die meisten mündeten beruflich in Gewerkschaften, Genossenschaften, Bildungswerken und sozialen Dienstleistungsbetrieben ein.

Es war unser Dozent **Hansgeorg Conert**, der in der Heimvolksschule Hustedt im Fach Politik und Wirtschaft für grundlegende Einblicke in marxistische Analysen von Politik und Wirtschaft in der BRD sorgte und die Planwirtschaft in der Sowjetunion behandelte. 1972 veröffentlichte er Lern- und Lehrmaterialien als „Einführung in die politische Ökonomie der Bundesrepublik“ und „Der Kommunismus in der Sowjetunion“ bei der Europäischen Verlagsanstalt (EVA).⁸ Marxistische Kategorien wurden systematisch auf empirische Verhältnisse und sozialökonomische Statistiken bezogen, erläutert und kritisch befragt.⁹

1964 las ich im *Stern* zum ersten Mal einen Bericht über den „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS). Erich Kuby beschrieb das „Fähnlein der 1031 letzten Aufrechten“ in der BRD.¹⁰ Sie setzten sich für grundsätzliche politische und soziale Veränderungen ein. Mir war sofort klar, dass das der richtige Ort für mich sein würde.

Der Aufenthalt in Hustedt wurde zum einschneidenden Bildungserlebnis. Mich faszinierten die engagierten Lehrer und die Wissenswelten, die sie uns erschlossen. Ich lernte, die Welt völlig neu und anders zu begreifen. Das war eine Erfahrung, die ich unbedingt weitergeben wollte. Wir wurden in Hustedt angeregt, über Berufsziele nachzudenken. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit war für mich attraktives Ziel. Die HWP bot entsprechende Qualifizierungen. Sie schien am besten geeignet. Ich hatte viele Jahre als Stahlbauschlosser in Oldenburg, Bremen und Hamburg, zuletzt auf der Werft Blohm & Voss, gearbeitet und reichhaltige Erfahrungen in der Arbeitswelt gemacht. Ich wollte in der Gewerkschaft, am liebsten als Bildungssekretär, arbeiten.

⁸ Sie sind heute noch antiquarisch erhältlich.

⁹ Hansgeorg Conert gehörte neben Oskar Negt später zur Führungsgruppe des „Sozialistischen Büros“. Er wurde Professor für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft an der Uni Bremen. Wir haben viel von ihm gelernt und ihn sehr geschätzt.

¹⁰ Vgl. die Chronik auf dieser website 1. Phase: 1965/66 Seminar marxismus und Aufklärung, S. 4 f.



Arwed zw. Herbert und Dimitri 1964 bei Blohm & Voss Skatbrüder in der Pause: In dieser harten, lauten und dreckigen Arbeitswelt gab es für mich und meine Kollegen damals nur den Ausstieg oder Aufstieg. Man ging weg oder wanderte aus, wurde Meister oder Gewerkschaftsfunktionär. An eine politische Perspektive wie Revolte oder Revolution dachte keiner.

6. Das Studium der „bürgerlichen Wissenschaften“

Mit dem Studienbeginn an der „Akademie für Wirtschaft und Politik“ begann mein aktives politisches Engagement. Der zweijährige stark verschulte Lehrplan legte solide Grundlagen in den Fächern Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft, Soziologie und Recht.

- VWL als Schwerpunkt behandelte die Theorie von Maynard Keynes und seine wirtschaftspolitischen Instrumente zur Überwindung kapitalistischer Krisen. Sie wurden kurze Zeit später während der ersten wirtschaftlichen Nachkriegskrise 1966/67 von der Regierung der *Großen Koalition* aus CDU-CSU / SPD umgesetzt. Marxistische politische Ökonomie kam im Studium nur am Rande vor.
- BWL-Grundkenntnisse erwarb ich im Nebenfach, sie wurden später für mich als Gewerkschaftssekretär sehr nützlich.
- Recht forderte mich mit dem Erwerb des obligatorischen Grundlagenwissens im „bürgerlichen Recht“ (BGB). „Arbeitsrecht“ zog mich in den Bann: Ich wusste um die Relevanz für Arbeitnehmer und ihre Vertreter als Betriebsräte und Gewerkschaften. Für meinen angestrebten Beruf „Bildungssekretär“ war diese Qualifikation ausschlaggebend.
- Soziologie löste die Marx'sche Klassentheorie ab, wie ich sie bei Conert kennengelernt hatte. Das Modell der „Nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ von Helmut Schelsky besagte, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung auch „Unterschichten“ (Arbeiter) teilhaben ließe; untere Mittelschichten würden aufsteigen. Gleichzeitig seien Teile der „Oberschichten“ vom sozialen Abstieg betroffen. So forme sich eine breite Mittelschicht aus, die die Klassengegensätze in sich aufsauge.¹¹

¹¹ Nahezu alle Studieninhalte galten wenige Jahre später als „bürgerliche Wissenschaft“, die die gesellschaftliche Realität nicht adäquat erfasste.

Das Modell blieb umstritten, zumal es ein gesellschaftspolitischer Entwurf, keine empirische Beschreibung der Realität war. Meine Skepsis saß tief. Mit Conert hatten wir über unsere Ambitionen nachgedacht: Wollten wir den kleinen Aufstieg für uns? Würde er uns von unseren Kollegen entfernen?

Ich verfolgte weiterhin Conerts grundlegende Analysen auf der Basis von traditionellen Klassentheorien nach Marx. Die empirische Sozialforschung war für mich ein überzeugendes Instrumentarium. Sie knüpfte methodisch an mein Erfahrungswissen an und stellte es systematisch auf den Prüfstand. Im empirischen Praktikum der Soziologie, einem Pflichtkurs, untersuchte ich die Situation der vielen Pendler, die es inzwischen in unserem Heimatdorf gab. Sie fuhren täglich zur Arbeit in die Stadt. Welche Auswirkungen hatte das auf die Familien, das Dorfleben, die Kontakte mit Bewohnern? Einkommen, Freizeit, Einstellungen zur Arbeit, zum Dorf- und Stadtleben verschoben sich deutlich. Ich lernte, wie man gesellschaftliche Prozesse empirisch untersucht und analysiert, bevor man sie beurteilt oder zu steuern versucht.

So verstand ich Marx. Die in der Kapitalanalyse verallgemeinerte Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse sind die ökonomische Basis gesellschaftlicher Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisse.

„Dies hindert nicht, dass dieselbe ökonomische Basis.... durch zahllos verschiedene empirische Umstände, Naturbedingungen, Racenverhältnisse, von außen wirkende geschichtliche Einflüsse usw., unendliche Variationen und Abstufungen in der Erscheinung zeigen kann, die nur durch die Analyse dieser empirisch gegebenen Umstände zu begreifen sind“.¹²

Damals nahm ich die Theorie als Arbeitsthese in Anspruch. Später begriff ich den Bezug von allgemeiner Theorie über die Gesellschaft zu realen Verhältnissen klarer. An der Akademie und im SDS ging es laufend um „Klarheit und Wahrheit“. Das dichte und umfangreiche Pensum des Studiums forderte uns. Wir konnten es nur mit Fleiß und Disziplin, voller Kraft und Ernsthaftigkeit bewältigen. Die Betreuung war gut und hilfreich.

Ich beteiligte mich nach und nach an Veranstaltungen der „Gewerkschaftlichen Studentengruppe“ (GSG) und des „Sozialistischen Deutschen Studentenbunds“ (SDS). Wir hatten alle die Doppelmitgliedschaft, kamen aus Gewerkschaften, waren „Jugendvertreter“ oder gar Betriebsräte und erfahrene Interessenvertreter. Wir lernten viel voneinander aus anderen Betrieben und Regionen. Ich als einfaches Gewerkschaftsmitglied profitierte sehr davon. Einige hatten sich an politische Bewegungen gegen die Bewaffnung der Bundeswehr mit Atomwaffen oder gegen die Notstandsgesetze beteiligt, andere kamen aus der Jugendorganisation der SPD „Die Falken“. Der SDS an HWP und Uni bildete den SDS-Landesverband. Er bot gemeinsame Veranstaltungen an: Vorträge, Debatten, Betriebsbesuche, Treffen mit Firmenchefs etc.

In der GSG an der HWP ging es um die Notstandsgesetze, um befürchtete/geplante Einschränkungen der Grundrechte, insbes. des Streikrechts. Sie sollten bei großen Krisen wie Naturkatastrophen, militärischen Angriffen und Aufständen wirksam werden. Öffentliche Diskussionen und Demonstrationen wurden geplant. Für den SDS-Landesverband war dagegen der Kampf gegen den Vietnamkrieg zentral. In Afrika hatte ich die Folgen der kolonialen Herrschaft gesehen und die postkoloniale Politik erlebt. Von Fremdenlegionären wusste ich über den Indochinakrieg, wo Frankreich seinen Kolonialbesitz verteidigte. Die Fortsetzung des Krieges durch

¹²Karl Marx: Das Kapital, Bd. 3, MEW Bd. 25, S. 799 f. Berlin, Dietz (1969)

die USA in Vietnam wurde zu einem wichtigen politischen Thema für mich: internationale Solidarität! Das passte zu meiner Neugier auf die weite Welt.

Vereinzelte Initiativen: „Freiheit für die streikenden Bergarbeiter“

FREIHIT – wie peinlich! Der Schreibfehler ärgerte uns maßlos: Er prangte noch tagelang an der Fassade des spanischen Konsulats. Als die Franko-Diktatur 1966 einen Bergarbeiterstreik niederschlug und Streikende einsperrte, wollten wir, dass mehr passiert als üblich. Also malten Helga und ich nachts den Spruch in großen Lettern mit roter Farbe an die weiße Wand. Und nun das! Wir weihten niemanden ein. Es blieb unsere einzige Einzelaktion. Öffentliche Vorträge und Resolutionen, Flugblätter und Aufrufe für Aktionen gegen das Unrecht und die Kriegsverbrechen reichten uns nicht. Aber allein konnten wir auch nichts ausrichten.

Am 26.06.66 kam es nach einem Beatles-Konzert am Dammtor zu heftigen Zusammenstößen zwischen jugendlichen Fans, Halbstarken und „Rocker“. Helga und ich standen als neugierige Zuschauer an der Moorweide, als Polizisten auf Pferden und Motorrädern in die Menschenmenge drängten. Ein Polizist fuhr mit aufheulendem Motor auf Jugendliche zu und Helga sprang ihn von hinten an, klammerte sich fest, trommelte mit Fäusten auf seinen Rücken. Er trat mit dem Stiefel zu, brüllte sie an, sie schimpfte zurück, ich zog sie weg, bevor er von seiner Maschine abgestiegen war. Es entsprach ihrem Temperament, mit „Wort und Tat“ sofort gegen Unrecht anzugehen. Aber auch das hatte keine Chance.

7. Polizeieinsätze empören und politisieren

Ein Schlüsselerlebnis der Politisierung war acht Tage später die Demonstration gegen den Vietnamkrieg am amerikanischen Unabhängigkeitstag, dem 4. Juli 1966. Es war heiß.

Im Anschluss an eine genehmigte Demonstration gegen den Vietnamkrieg kam es zu einer spontanen Aktion. Wir verstießen mit 500 Demonstranten gegen die Polizeiauflagen, zogen vor das amerikanische Konsulat an der Alster und riefen Sprüche gegen den Vietnamkrieg. Die Amerikaner feierten den Unabhängigkeitstag mit Gästen und fühlten sich provoziert. Sie zeigten den Hitlergruß und warfen leere Bierflaschen. Die bereitstehende Polizei schritt nicht ein. Als aber einige zum hohen Zaun am Konsulat liefen, griff die Polizei ohne Vorwarnung mit Wasserwerfern und Knüppeln an. Viele stürzten, wurden getreten und verprügelt und z.T. schwer verletzt. Helga und ich wurden vom Strahl des Wasserwerfers hochgehoben. Ich flog aufs Pflaster, Helga wurde sanft abgesetzt. Sie schrie, fand das lustig und erfrischend. Ich hatte Hautabschürfungen, viele bluteten.

Anderntags schrieben die Zeitungen über eine von Kommunisten unterwanderte Demonstration, die in Ausschreitungen endete. Wir waren empört. Der ASTA der UNI und der SDS sammelten Zeugenaussagen und kritisierte den unverhältnismäßig harten Polizeieinsatz. Ich war sogar der Meinung, die Polizei hätte uns vor den flaschenwerfenden Amerikanern schützen müssen. Wir fragten, warum wir in leeren Seitenstraßen des Grindel-Viertels demonstrieren sollten. Warum wurde unser Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit durch Polizeiauflagen so eingeschränkt, dass unsere Demo unbemerkt blieb?

Wir wollten gegen den Vietnamkrieg überall in Hamburg demonstrieren und gesehen werden, vor dem amerikanischen Konsulat ebenso wie in der Innenstadt! Wir waren friedlich und störten keine Ordnung und Sicherheit. Wir störten nur die politische Auffassung über den amerikanischen Vietnamkrieg. Für uns war das kein Kampf um Freiheit gegen den Kommunismus, sondern Völkermord.

Das staatliche Gewaltmonopol, durchgesetzt durch den Polizeieinsatz, war nach unserer Meinung missbraucht worden. Dem stimmten viele der bis dahin unpolitischen Studierenden zu. Die Missachtung der Polizeiaufgaben wurde mit einem unverhältnismäßig harten Mitteln beantwortet. Es hätte auch andere Möglichkeiten gegeben, wie das „Hamburger Abendblatt“ kurze Zeit später feststellte. Zwischen Polizei und Studierenden gab es in Hamburg seit 1951 keinerlei Konfrontationen. Nun war das Bild der Polizei als „Freund und Helfer“ schon nach dem Konzert der Beatles beschädigt und der ASTA nahm ihre Methoden massiv aufs Korn. Das interessierte und mobilisierte viele Studierende.

Bei einer späteren kleinen Vietnamdemonstration Anfang Februar 1967 zog ein Trupp Demonstranten nach Beendigung der Kundgebung durch die Bannmeile in den Hauptbahnhof. Die Rangeleien führten zur sofortigen Ausweisung des Studenten Obi Ifeobu nach Nigeria. Das mobilisierte und politisierte Studierende und traf in der Öffentlichkeit Hamburgs auf Kritik.

8. Regelverletzungen: direkte Aktionen, Happenings, GoIns, SitIns, SleepIns

Unter heftigem Protest verließen die ASTA-Vorstände Detlef Albers und Hinnerk Behlmer Ende 1966 den akademischen Senat; sie wollten über studentische Mitwirkungsrechte in den Fakultäten reden. Man ignorierte ihren Antrag. Sie machten die Nichtbeachtung öffentlich. Das wurde von den Senatsmitgliedern als schwerer Affront gewertet und als „proletarische Streikerpressung“ denunziert. In der Folge empörten sich Studierende über diese Entwürdigung. Bei den Wahlen zum Studierendenparlament traten erstmals mehr Kandidaten an als Sitze zu vergeben waren.

Der SDS Hamburg befasste sich in dieser Zeit erstmals mit Reformplänen für die Hochschule, um stärker in den Gremien der Selbstverwaltung mitzuarbeiten. Dann sollte eine Offensive starten, um auch mit regelverletzenden Aktionen Öffentlichkeit zu erzeugen. Ohne den Druck von vielen Studierenden würde sich nichts durchsetzen lassen. Das hatte sich mehrfach gezeigt.

„Aufgabe der offensiven Phase ist es, aus den einzelnen Protestaktionen eine Politik der permanenten Universitätsrevolte zu machen. Die durch das Parlament und die Fakultätsvertretungen allein nicht herzustellende Öffentlichkeit kann nur durch politische Massenaktionen der Studentenschaft an der Universität Hamburg geschaffen werden“.¹³

Ich beteiligte mich an all diesen Aktionen und vernachlässigte mein Studium. Fürsorgliche Dozenten ermahnten mich rechtzeitig. Wenn ich so weitermache, könne ich das Examen mit einer guten Note für die Hochschulreife und das Weiterstudium an der Universität nicht schaffen. Die politischen Bewegungen an der Uni interessierten mich inzwischen stärker als eine Tätigkeit bei den Gewerkschaften. Trotzdem musste ich jetzt für das Studium ackern. Ich verdoppelte mein Engagement, um beides zu schaffen, die Politik im SDS und die Büffelei fürs Examen.

¹³ Papier zum Start des hochschulpolitischen Arbeitskreises des SDS - 2.5.1967. Leitung: Erhard Neckermann, s.u. dem Datum 3.5.67 in der Chronik <https://sds-apo68hh.de/2-phase-07-04-1966-02-06-1967-inkubationszeitbeginn-der-antiautoritaeren-bewegung/>

9. Interne Organisation und Willensbildung im SDS 1967

Anfang Februar 1967 wurde ich in einer Mitgliederversammlung (MV) des Hamburger SDS-Landesverbands zum 2. Vorsitzenden gewählt; viele hatten mich gedrängt, überredet, aber auch überzeugt, diese Aufgabe zu übernehmen.

In dieser MV fand ein umstrittener Personalwechsel statt. Die bisher eher „traditionalistischen“ Vorstandsmitglieder kandidierten nicht erneut. Andere Mitglieder, die rhetorisch geübter waren als ich, zeigten kein Interesse. Der neue Vorstand bestand aus der ersten Generation der „Antiautoritären“, für die die direkte politische Aktion als Medium der Aufklärung und Mobilisierung zentral war. Als ehemaliger Facharbeiter und Anleiter von Arbeitsgruppen, (Kolonnenführer), konnte ich planen und organisieren. Diszipliniertes Arbeiten war ich gewohnt. Diese Fähigkeit hatten viele „Antiautoritäre“ nie erworben. Sie hielten sie für wenig erstrebenswert. Ich blieb auch als Antiautoritärer stets bedacht auf Verbindlichkeit und Disziplin, wenn es um die Aufgaben und Umsetzung, Verantwortung und Zuverlässigkeit im SDS ging.

Der neue Vorstand bildete den „harten Kern“ des SDS im Übergang zur Massenbewegung: Die wichtigsten Funktionen hatten vier Mitglieder inne: Der 1. Vorsitzende, Kalle Fabig, seine Lebensgefährtin Petra Sellenschloh als Schriftführerin; 2. Vorsitzender / Organisator Arwed Milz, Helga Beekhuis, Kassiererin. Die weiteren Vorstandsmitglieder waren Referenten für Schüler: Peter Flak; Ostermarsch: H.D. Ebert, Ernst Zorer; Schulung: Siggi Reuss, Hubert Sumser, Erhard Neckermann; Information: Reinhold Oberlercher.

Bis zu diesem Zeitpunkt arbeiteten wir nach den üblichen Vereinsregeln. Der Vorstand bereitet die Mitgliederversammlungen vor, berichtete und schlug die Tagesordnung und Pläne für die Weiterarbeit vor. Das wurde von der MV diskutiert, neu durchgeplant und mit Mehrheit entschieden. Die Arbeit wurde vom Vorstand mit aktiven Mitgliedern umgesetzt.



Fotos von Arwed Milz: Dietmar Schmidt (unser Drucker), Peter Köll, Petra Sellenschloh, Kalle Fabig, Erhard Neckermann, Helga Beekhuis (Milz) - Kaffeerunde nach der Aktion im Hafen, Frühjahr 1967

Um diese Kerntuppe des Vorstands und etwa 20 Aktivisten kreiste bis Mitte 1967 noch ein Dutzend weiterer Mitglieder, die fallweise mitmachten. Alle übrigen Mitglieder kamen nur zu Aktionen und Veranstaltungen, verteilten mal Flugblätter, trugen Transparente. Meistens waren sie in anderen Zusammenhängen politisch aktiv. Es gab einen Kern von Aktivisten, der mit der

breiten Unterstützung von Mitgliedern und Sympathisanten rechnen konnte. Wer meint, der SDS Hamburg habe damals nur aus einer Handvoll von Mitgliedern bestanden, liegt falsch.¹⁴

Die Mitgliederversammlungen wurden gut besucht. Sie fanden in einem größeren Raum der Kneipe „Hirschquelle“ statt, ab Frühjahr 1967 in einem eigenen SDS-Zentrum, einer Wohnung im späteren Abaton-Kino. Relativ früh wurde neben der MV das „Jour-Fixe“ als wöchentliches Info- und Debattenforum eingeführt, das auch Nichtmitgliedern offenstand. Im Laufe der Zeit entwickelte es sich zu einem bekannten Treffpunkt für viele mobilisierte Studierende, SchülerInnen und Lehrlinge. Wir konnten auch den legendären Keller anmieten. Uwe Timm hat ihm in seinem Roman „Heißer Sommer“ ein literarisches Denkmal gesetzt.¹⁵

***Exkurs:** Der SDS hat in dieser Zeit mit den anderen Vereinen von Studierenden, wie dem SHB, der HSU, ESG, mit Organisationen ausländischer Studierender, Ostermarschbewegung u.a. kooperiert. Die meisten Demonstrationen waren Gemeinschaftsprojekte, die ohne diese Kooperation nicht erfolgreich gewesen wären. Bei den regelverletzenden und mobilisierenden Aktionen, die später stark zunahmen, war der SDS Hamburg allerdings der Motor in der Planung und Durchführung.*

*Unsere theoretischen Positionen und Konzepte für die Praxis bezogen wir vor allem vom Bundesvorstand des SDS. Die monatliche „SDS Korrespondenz“ behandelte alle relevanten Themen wie die Vietnamkampagne, den Kampf gegen die Notstandsgesetze, die Hochschulreform, die Kritik an Springers Pressemonopol. Schon früh hatte Rudi Dutschke in einer Sondernummer der „SDS Korrespondenz“ im Oktober 1966 eine kommentierte Bibliografie des revolutionären Sozialismus von Karl Marx bis zur Gegenwart herausgegeben. Viele der dort empfohlenen Bücher verkauften wir an einem Büchertisch im Eingang zur Mensa an der Uni. Ich entsinne mich noch, wie einige Male Hinnerk Behlmer, der 2. ASTA-Vorsitzende vom SHB, die Bücher kritisch beäugte, als suche er etwas Verbotenes. **Mensa-Büchertische** am Mittag waren als Treffpunkt und Infobörse beliebt, hier kamen interessierte Studierende vorbei, die oftmals Mitglieder wurden. 1968 übernahm die „Spartakusbuchhandlung“ diese Funktion. Man traf sich dort nicht nur mittags.*

Die Artikel in der SDS Zeitschrift „Neue Kritik“ waren eine weitere Grundlage unserer theoretischen Qualifizierung. Mit eigenen Schulungen zum Marxismus, Imperialismus und Befreiungskampf und öffentlichen Diskussionsveranstaltungen zur Notstandsgesetzgebung, z.B. mit Werner Vitt, (Vorstandsmitglied der IG Chemie): „Gewerkschaften und Notstandsgesetzgebung“, versuchten wir, uns und unsere Mitglieder zu qualifizieren und Studierende zu gewinnen.

SDS-Mitglieder aus Hamburg publizierten vor allem in der ASTA Zeitung „Auditorium“, in den „Blättern für internationale Politik“, in der Zeitschrift „Konkret“ und im „Kursbuch“. Rudi Dutschkes Konzept der direkten Aktion, die vor allem durch begrenzte Regelverletzungen verdeckte Konflikte sichtbar machen wollte, wurden vom Hamburger SDS übernommen. Schriftliche und verbale Er- und Aufklärung begleitete direkte Aktionen. Sie lagen den SDS-Mitgliedern mehr als Lesezirkel und stießen auch auf ein größeres Interesse bei den Studierenden und in den Medien. Außerdem bewirkte die aktive Beteiligung an einer Aktion eine intensive „Selbstveränderung“ als Entwicklung von Selbstbewusstsein und Eigeninitiative. Es sollte nicht nur theoretisiert, sondern praktisch gehandelt werden.

Ich war in der 68er Bewegung vom 2. Juni 1967, dem Tag, an dem Benno Ohnesorg ermordet wurde, bis zu ihrem Ende 1969/70, in allen Facetten von Aktionen und Diskussionen im engeren Kreis der SDS-Aktivisten Tag für Tag dabei. Alle wesentlichen Ereignisse und Diskurse sind in der Chronik und den Beiträgen auf dieser Website ausführlich dargestellt. In den Beiträgen zum „Gewaltdiskurs“¹⁶ und den

¹⁴ Das behaupteten Peter Schütt u.a. häufiger in Interviews.

¹⁵ Uwe Tim: Heißer Sommer, München 1974

¹⁶ <https://sds-apo68hh.de/wp-content/uploads/2020/09/Die-Rolle-der-Gewalt-in-der-in-der-Hamburger-68er-Bewegung.pdf>

„Basisgruppen“¹⁷ kommen meine Positionen zur Gewalt in den Demonstrationen und zur Hochschulreform in der Hamburger 68er-Bewegung sowie meine Mitwirkung an dieser Entwicklung zum Ausdruck. Ich beschränke mich im Folgenden auf weniger bekannte „Binnenerlebnisse“, die mein Denken, meine Positionen und die Arbeit als Teil der kollektiven „Führung“ des SDS ausmachten.

Die ersten SDS-Aktionen waren das „Schah-Happening“ am Nachmittag des 2. Juni 1967 und der Sturz des Wissmann-Denkmal wenige Wochen später. Nach den Ereignissen und Demonstrationen zur Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg am 2.7.1967 hatte der SDS einen starken Mitgliederzuwachs¹⁸, der den Vorstand zunächst überforderte. Auch die neuen Mitglieder nahmen an der Willensbildung in den Mitgliederversammlungen teil. Sie wollten eine Aktion nach der anderen. Teilweise entstand auf den Treffen ein ziemliches Chaos. Mit einer neuen Organisationsstruktur sollte wieder eine planmäßige Arbeit möglich werden. Wesentliche Diskussionsbeiträge werden in der „Chronik“ auf dieser Website unter dem Datum 21.7. und 26.7.1967 festgehalten. Ich vertrat damals die Auffassung, dass Mitarbeit und theoretische Qualifikation, besonders für die Neumitglieder, wichtiger seien als eine verbindliche Organisationsstruktur.¹⁹ Meine Thesen, die ich auf den MVs zur Diskussion stellte, waren für die Älteren Binsenweisheiten, aber für die gerade eingetretenen Mitglieder Neuland: Geregelt Verfahren klärten das Verhältnis von Basisinitiativen und Führung oder Leitung des SDS.

Beschlossen wurde, dass der Vorstand bis zu einer Satzungsänderung durch ein provisorisches **Führungskollektiv** ersetzt wird. Das Führungskollektiv bestand aus: Harald E., E. Schmidt, G. Koch, Günther, D. Siefert, K-R. Fabig, E. Zorer, P. Badekow, A. Milz, Helga B., E. Neckermann, M. Deter, R.O.²⁰

Ich steckte in der Abschlussprüfung an der HWP und schrieb meine Examensarbeit über die deutsche „Entwicklungshilfe“, die ich als Teil der postkolonialen Ausbeutung verstand. Schwerpunkt der Entwicklungshilfe war der Ausbau der Infrastruktur in Ländern der sog. 3. Welt zum Abtransport von Rohstoffen sowie die Erschließung von Märkten für einen ungleichen Handel. Die Entwicklungshilfe war zusätzlich ein Instrument im „Kalten Krieg“, weil Ländern, die die DDR anerkennen wollten, mit der Entzug der Entwicklungshilfe gedroht wurde. Diese Position in der Examensarbeit brachte mir eine Zwei-minus ein. Nur durch eine Einsernote im Arbeitsrecht konnte ich die Berechtigung für ein Weiterstudium an der Uni er-

¹⁷ <https://sds-apo68hh.de/wp-content/uploads/2020/03/Basisgruppenpolitik-Einleitung.pdf> und <https://sds-apo68hh.de/wp-content/uploads/2020/07/Basisgruppe-Soziologie-Endfassung.pdf>

¹⁸ Da es keine vollständigen Mitgliederlisten mehr gibt, können aus den Unterlagen nur folgende Mitgliederzahlen rekonstruiert werden: bis zum 2.6.1967 gab es ca. 60 Mitglieder, danach stieg die Anzahl auf ca. 100-120.

¹⁹ Die Regeln sollten Transparenz schaffen, aber auch die Entscheidungskompetenz des Führungskollektivs absichern: „6. Wenn wir eine bestehende Gesellschaft ganz oder teilweise ändern wollen, wenn wir bestimmte Entwicklungen verhindern wollen, muß diese Gesellschaft, ihre Struktur und Funktion dieser Struktur zunächst begriffen werden. Dieses Begreifen leistet die Theorie. Nur wenn ich weiß, nach welchen Prinzipien sich diese Gesellschaft weiterentwickelt, kann ich in diesen Prozeß eingreifen.“

7. Auch konkrete Erfahrung in der Praxis kann Bewußtsein über die Gesellschaft vermitteln, doch muß hier eine Ergänzung durch gesamtgesellschaftliche Analysen erfolgen.

8. Das Fehlschlagen der gesteigerten Aktivität im letzten SS 67 lag an der mangelnden Erfahrung und dem geringen theoretischen Wissen der Aktiven. Das theoretische Niveau schließt die Fähigkeit, eine Konzeption für den Hamburger-SDS zu entwerfen ein.

9. Die Einsicht über die Notwendigkeit von Theorie – und für sie etwas zu tun – ist vom emotionalen Engagement aufgeweicht.

10. Der SDS Hamburg muß auf sich gestellt intensive theoretische Schulung und auch Forschungsarbeit leisten. Sicher geht dieses nicht durch Appell noch Erlaß, sondern nur über die Einsicht in die Notwendigkeit solcher Arbeit...“ (Thesen von Arwed Milz, vorgetragen auf der MV am 26.7.1967 und weitere wesentliche Diskussionsbeiträge in diesen Debatten sind in der „Chronik“ auf dieser website unter Bericht über die MVs 21.7. und 26.7.1967 festgehalten.)

²⁰ Siehe Bericht über die MV am 21.7.1967

reichen. Die Arbeit für mein Examen absorbierte mich völlig. Darum war ich nicht an den Planungen der Wissmannaktion beteiligt, die in dem Film von Theo Gallehr und Rolf Schübel „Landfriedensbruch“²¹ dokumentiert werden.

Festnahme als „Rädelsführer“ in der Uni am 9.11.1967

Mit dem Examen als graduiertes Volkswirt konnte ich im WS 67/68 das Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft an der Uni Hamburg aufnehmen. Der Abschluss bot auch die Möglichkeit, sofort in der Gewerkschaft oder einer anderen Organisation tätig zu werden. Darin unterschied sich mein Status von dem der meist jüngeren Studierenden.

Im November 1967 fand der Wechsel des Rektors der Universität statt, der für einen Protest gegen die Hochschulpolitik genutzt werden sollte. Diese Aktion wurde vom SHB initiiert. Der ASTA erhielt auf der Einführungsfeier für den neuen Rektor Prof. Ehrlicher die Gelegenheit, eine Rede zu halten. Der 1. Vorsitzende Björn Pätzoldt sollte einen Mängelkatalog über die Verhältnisse an der Uni von A–Z vortragen. Dem SDS fiel zur Vorbereitung dieses Protestes nicht viel mehr ein als ein Flugblatt mit dem Titel „Diskussion statt Feiern“, garniert mit kritischen Parolen und Reimen zu Feierlichkeiten, die teilweise unangemessen waren. Mit dem Dichten und Malen der Parolen experimentierten wir in der Nacht vom 7. auf den 8. November 1967 anlässlich des Jubiläums „50 Jahre Russische Oktoberrevolution“.²² Zwei Parolen erinnere ich: „Ehrlicher wird immer entbehrlicher“ und „Unter den Talaren, der Mief von hundert Jahren“. Leicht angetrunken machten wir uns ans Werk und pinselten die Sprüche an die Bauzäune vor dem Audi-Max. Wir waren fast fertig, da griffen Zivilbeamte einige vom „Dichter- und Malertrupp“ auf und brachten sie zur Polizeiwache in der Heimhuderstraße. Dort belagerten die übrigen die Wache, bis alle wieder freigelassen wurden.

Am Morgen des 9.11.1967 sah Hinnerk Behlmer die Sprüche auf dem Bauzaun und hatte eine Idee: Aus 100 Jahren wurden 1000 und der legendäre Spruch „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“ war geboren. Einige Stunden später zogen er und Detlef Albers mit dem Transparent ins Audimax und hinter ihnen marschierte die Professorenschar. So hatte der SDS als Dichter einen kleinen Anteil an dem bis heute weltbekannten Slogan. Ich selbst konnte dem Schauspiel nicht beiwohnen, da ich schon nach dem Betreten des Audimax festgenommen und im Keller eingesperrt wurde.

Noch im November begann der SDS seine Kampagne zur Nazivergangenheit von Professoren.²³ Einer von ihnen hatte in die Richtung der Muff-Bannerträger gerufen: „Ihr gehört alle ins KZ“. Der SDS recherchierte sofort gründlich und deckte einen Skandal nach dem anderen auf.

An allen Aktionen dieser Zeit hatte ich planend und organisierend teilgenommen, auch an dem GO-IN in die Vorlesung von Prof. Wenke am 11. Januar 1968. Gegen diese „Störung“ der Vorlesung eröffnete die Universität gegen mich und weitere SDS-Mitglieder ein Disziplinarverfahren. SDS und ASTA organisierten eine Solidaritätskampagne. 229 Studierende zeigten sich selbst an und beantragten ein Disziplinarverfahren. Die Bild-Zeitung veröffentlichte einen Bericht, in dem wir wie auf einem Fahndungsfoto abgebildet waren.

²¹ Der Dokumentarfilm von Theo Gallehr „Landfriedensbruch“ ist in der „Chronik“ auf dieser Website unter dem Datum 8.8.1967 abrufbar (youtube)

²² Am 25. Oktober 1917 (jul. Kalender) / 7. November 1917 (greg. Kalender) übernahmen die Bolschewiki die Macht in Russland.

²³ Siehe hierzu in der „Chronik“ auf dieser Website die Zeit vom 17.11.1967 – 26.1.1968

Fünf sollen vor den „Uni-Kadi“

Grund: Studenten befolgten Rektor-Anweisung nicht

Von WALTER GRÖSSER.
Hamburg, 26. Januar
Neue Unruhe an der
Hamburger Universität: Gegen fünf Studenten hat
Rektor Prof. Ehrlicher ge-
stern die Disziplinarverfah-
ren eingeleitet. Sie sollen
vor dem „Uni-Kadi“. Die
Studenten werden beschuldi-
gt, entgegen ausdrück-
lichem Verbot die Vorlesung
von Prof. Wenke am 11. Jan-
uar besucht zu haben, ob-
wohl sie diese Vorlesung
nicht besucht hatten.
Die Studenten Arwed Mitz,
Erhard Neckermann, Karl-
Heinz Rath, Heinrich Ober-
felder und Dirk Dieffert sol-
len außerdem die Vorlesung
durch lautes Rufen gestört
haben. Die Studenten gehören
alle dem massenkulturellen SDS
an.
ASTA-Vorsitzender Björn
Pätzold: „Gestern begannen
die Wahlen zum neuen Dis-
ziplinarparlament. Es bestan-
den berechtigte Hoffnungen,
dass die gewählten Mitglie-
der als Wahlrichter im Parle-
ment einsetzen würden. Ab-
gesehen jetzt schied Rektor
Ehrlicher Mitz und in-
terim damit den SDS-Mitglie-
der Unterstützung. Wir reden
nun höher damit, dass jetzt

viele Studenten dem SDS
wählen werden, weil der
Rektor fünf Studenten vor
den Uni-Kadi sitzen!“



Beschuldigter: Erhard Neckermann

Bürgermeister Dr. Henke-
luis, Präses der Schlichtbe-
rät: „Ich kann nicht einstim-
men. Das ist Sache der Uni-
versität.“



Beschuldigter: Heinrich Oberfelder



Beschuldigter: Karl-Heinz Rath



Beschuldigter: Arwed Mitz

verurteilt.“
Senatspräsident Paul O.
Vögel: „Im Senatssitzung soll
nach die Einleitung der Dis-
ziplinarverfahren – während
der Studentenwahl nicht für
sicher.“
Der ASTA hatte Rektor Ehr-
licher noch am Mittwoc-
hmittag gebeten, von Dis-
ziplinarverfahren Abstand zu
nehmen.
Nach ASTA-Vertretungen
nahmen an der später ab-
geleiteten Vorlesung Prof.
Wenke rund 600 Studenten
teil, die nicht Wenke-Hörer
waren. Aber nur gegen fünf
Hörer wurde ein Verfahren
eingeleitet, das mit dem Ver-
weis von der Hamburger
Universität endet könne.
Auf einer Versammlung im
Auditorium wurden be-
schlossen gestern. Daraufhin
schickte Ministerien gegen
sich selbst ein Disziplinarver-
fahren zu beantragen, weil
sie ebenso wie die fünf Be-
schuldigten gegen die Rektor-
Anweisung verstoßen hätten.
Inhalt der Pädagogik-Stu-
dent Schramm, erklärte
SDS-Chef mit Wenke-An-
sänger, kritisierte scharf das
Verhalten von Rektor Ehrli-
cher: „Man kann nicht ein-
fach aus 600 Studenten einen
Hörer wählen, weil sie be-
kannt sind.“



Wahl zum Hamburger Studentenparlament: Greta Lindenberg (SD) gibt ihre Stimme ab

Hamburg, 26. Januar 1968 • BILD - Seite 8

Die Solidaritätskampagne führte zur Einstellung aller Verfahren. Kurze Zeit später wurde ich in die Universitätsverwaltung bestellt. Ein Oberregierungsrat, der den Protesten kritisch, aber nicht völlig ablehnend gegenüberstand, erklärte mir, ich solle mich sehr, sehr vorsehen. Uni-
verwaltung und Polizei würden meine Vergangenheit aus 1958/59 kennen, mich für einen ra-
dikalsten Rädelsführer halten und mir bald „was anhängen“.

Ich redete darüber nicht im SDS, weil die Jugenddelinquenz niemanden was anging, war vor-
sichtig und mied bei Demonstrationen die vordersten Reihen. Die Polizei verfolgte die Strate-
gie, einzelne mit Greiftrupps aus der Demonstration zu fischen und so eine Schwächung und
Verunsicherung zu erreichen. Sie verkannte völlig den spontanen, antiautoritären Charakter un-
serer Aktionen, der Anführer überflüssig machte.

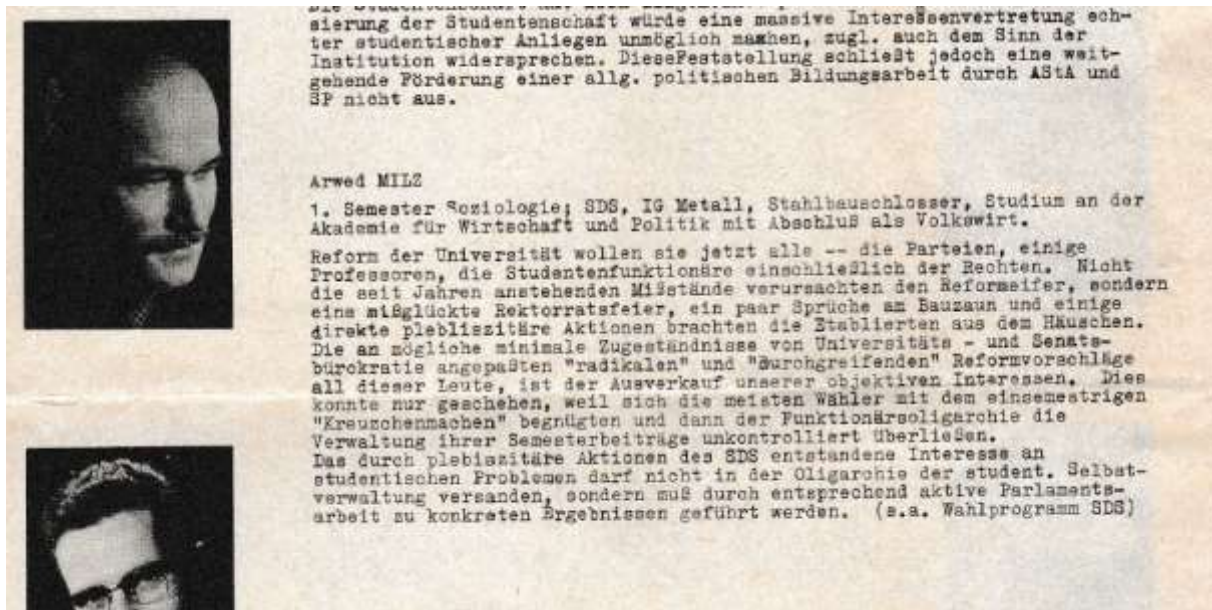
10. Kandidatur zum Studentenparlament – Repräsentative Demokratie an der Universität

Schon in meinem ersten Uni-Semester, im WS 1967/68, kandierte ich für das Studierendenpar-
lament (StuPa). Der SDS war bis dahin kaum vertreten, er erreichte nur 3–4 Sitze.²⁴ Protest-
kampagnen, (Vietnam, Kolonialismus, Notstandsgesetze), standen im Mittelpunkt seiner Poli-

²⁴ Mit der schwachen SDS-Vertretung im Studierendenparlament bis Ende 1968 wollen Zeitzeugen und Historikern belegen, dass der Hamburger SDS zu Beginn der Bewegung keine besondere Rolle gespielt habe. Erst 1968/69 habe er über das sog. „Linkskartell“ eine führende Rolle übernommen. Diese Fixierung auf die Hochschulreformpolitik übersieht, dass die Kampagnen des SDS seit 1967 auf dem Campus wie in der Stadt eine öffentliche Aufmerksamkeit erreichten. Später sorgte diese Praxis für die Durchsetzung einer radikaldemokratischen Hochschulreform Hand in Hand mit dem ASTA, SHB und anderen Verbänden.

tik. Sie reichten weit über die Belange der Studierenden hinaus und zielten auf die Öffentlichkeit. Von der parlamentarischen Vertretung studentischer Interessen durch Resolutionen und Gespräche mit der Universitätsleitung hielten wir wenig; sie waren erfolglos.

Aber mit der starken Mobilisierung von Studierenden rückten die schlechten Studienbedingungen auf die Agenda. Wir engagierten uns im StuPa, setzten aber weiterhin auf den Druck durch direkte Aktionen. Mobilisierung und Politisierung blieb unser „machtpolitisches“ Instrument. Außerparlamentarisch Öffentlichkeit half, konkrete Forderungen besser durchsetzen zu können. So begründete ich auch meine Kandidatur.²⁵



Die grundsätzliche Position, zur Durchsetzung von Interessen die Mittel von Demonstrationen und Streiks zu nutzen, stammte aus meiner gewerkschaftlichen Erfahrung und Schulung. Wir konnten an der Uni zwar keinen wirtschaftlichen Druck ausüben wie im gewerkschaftlichen Streik, aber Unruhe stiften und moralisch appellieren, um in Medien und bei den verantwortlichen Politikern ernst genommen zu werden. Diese Position übertrug ich kurze Zeit später auf das parlamentarische System der BRD. Im SoSe 1968 führte der SDS eine Arbeitstagung durch, in der unser Verhältnis zur repräsentativen Demokratie generell geklärt werden sollte.

11. Organisationsreform des SDS 1968 – Arbeitskollektive und Basisdemokratie

Das provisorische Führungskollektiv sollte im Februar 1968 durch eine Satzungsreform abgelöst werden. Es wurden folgende Kernelemente beschlossen:

- Die Mitgliederversammlung ist weiterhin für Grundsatzfragen zuständig (Grundsatzbeschlüsse)
- Das wöchentliche **Arbeits-Jour-Fixe (AJF)** bestimmt alle politischen Richtlinien und Aktionen im Rahmen der Grundsatzbeschlüsse
- Es wählt aus seiner Mitte das Führungskollektiv
- Das Führungskollektiv ist das Ausführungsorgan des (AJF), es wird für **1 Woche** gewählt
- Das AJF kann aufgabenspezifische Projektgruppen einrichten, z.B. Projekte, Koordination.
- Die Projektgruppe Finanzen wird von der MV gewählt.
- **Öffentliche Jours-Fixes** sollen über die Politik des SDS informieren.

²⁵ Wir erreichten erneut nur wenige Sitze, ich wurde als Stellvertreter gewählt, rückte aber nie nach. Unser Dilemma war, dass wir in direkten Aktionen und den Vollversammlungen bis zu 2 Tsd Studierende mobilisierten, bei Wahlen mit 10 Tsd Stimmabgaben, aber hinter dem SHB, LSH, RCDS lagen.

- Jeder Student und Nichtstudent kann teilnehmen. Es findet ebenfalls wöchentlich statt²⁶

Der Landesvorstand wurde endgültig abgeschafft und das Führungskollektiv hatte nur ein befristetes imperatives Mandat.

- Wir wollten alle antiautoritären Mitglieder und Interessierten durch die Teilhabe an Diskussionen gewinnen, aber gleichzeitig die Arbeits- und Entscheidungsfähigkeit des aktiven Kerns halten und verbessern. Entscheiden sollten vor allem diejenigen, die die Arbeit machten. Dieses Grundsatzprinzip wurde von Dirk Siefer und mir vertreten; es setzte sich durch.
- In den nächsten Monate wurde so gehandelt. Die Situation veränderte sich nach dem Attentat auf Rudi Dutschke und die dadurch ausgelösten Demonstrationen. Auch die Kampagne gegen die Notstandsgesetze wurde Anfang April bis Ende Mai 1968 fortgeführt.
- Basisdemokratische Praktiken wie Vollversammlungen und Aktionsausschüsse übernahmen kurzfristig viele Vorbereitungen und Entscheidungen, in denen der SDS eine aktive Rolle zusammen mit anderen Organisationen spielte. Das StuPa wurde marginalisiert.²⁷

Es kam wieder ein Schwung neuer Mitglieder, andere verließen frustriert den SDS. Karl Heinz Roth, ein starker Meinungsführer im SDS, ging in den Untergrund, um sich einem Haftbefehl zu entziehen. Er konnte sich nicht mehr direkt an den Diskussionen beteiligen und spielte nur am Rande über Bande mit. Papiere, die er verfasste, konnte er nicht selber erläutern und verteidigen. Das Auseinanderdriften setzte ein.

Viele Diskussionen und Aktionsvorbereitungen verlagerten sich in Wohngemeinschaften und Basisgruppen. Treffpunkt und zentrales Diskussionszentrum blieben weiterhin die Jours-Fixes und Mitgliederversammlungen. Mal war das eine, dann das andere Organ in dieser Zeit bestimmend. Die Dokumente geben keine klaren Hinweise.²⁸ Ehemalige SDS-Mitglieder und Teilnehmer an den öffentlichen Jours-Fixes entsinnen sich nur daran, dass immer einige das Wort führten und dominierten. Mich haben Zeitzeugen ebenfalls als einen der „Wortführer“ in Erinnerung. Ich leitete viele Diskussionen im Jour-Fixe, moderierte sie und war durchgehend Mitglied des AJF und Führungskollektivs. Die Projektgruppe Finanzen leitete ich bis zur Auflösung des SDS Ende 1969; wir hinterließen einen Schuldenberg.

Die Vollversammlungen, die Aktionsausschüsse, unsere Mitgliederversammlungen, Jours-Fixes, Basisgruppen und Wohngemeinschaften waren einerseits Teil unserer basisdemokratischen Praxis. Aber in jeder dieser „Versammlung“ bildeten diejenige, die einen Wissensvorsprung hatten, die rhetorisch geschult waren und ihre Vorstellungen durchsetzen wollten, eine Art „Avantgarde“. Diese „Wortführer“ oder „Sprecher“ vermehrten sich im Laufe der Zeit. Sie mauserten sich im Auflösungs- und Transformationsprozess 1969/70 zu Führern der vielen neuen Gruppen, (K-Gruppen, AMS Spartakus, Proletarische Front usw.). Der basisdemokratische Anspruch, dass alle auf „gleicher Augenhöhe“ reden und entscheiden, verlor sich. Der Versuch einer „direkten Demokratie“

²⁶ Siehe die vollständige Satzung des Landesverbandes zum Datum 18.2.68 in der „Chronik“ auf dieser website.

²⁷ Diese Phase der breiten basisdemokratischen Beteiligung hat Detlef Albers in dem Beitrag „Ansätze unmittelbarer Demokratie in der Studentenbewegung April/Mai 1968“ auf dem Hintergrund der historischen Rätebewegung schon 1969 sehr genau und authentisch beschrieben und überzeugend analysiert (Nachdruck im Ordner „Beiträge“ auf dieser website).

²⁸ An internen Dokumenten für die Zeit von 1967 bis Mitte 1968 gibt es nur die Sammlung der Mitgliederrundbriefe und Protokolle der Mitgliederversammlungen des Hamburger SDS, die fast alle von mir verfasst wurden, die letzten archivierten Protokolle von Juli bis Oktober 1968 sind mit „Führungskollektiv“ unterzeichnet. (s. J. Seifert. Materialien des LV HH, SDS 1964-1968, HIS Archiv). Später, ab Anfang 1969, übernahm die „APO-Press“ die Veröffentlichung vieler interner und externer Analysen, Positionen und Diskussionen des SDS und von Teilen der linken Hamburger APO. Es gibt also eine Lücke an Dokumenten von Mitte 1968 bis Ende Dezember 1968.

wurden von Menschen gemacht, die dem autoritären Elitedenken verhaftet waren; er blieb ein Versuch.

Mein Fazit ist, dass mehr und mehr mobilisierte und politisierte Mitglieder Beteiligungschancen erhielten, Selbstbewusstsein entwickelten und zur Selbstorganisation befähigt und entsprechend aktiviert wurden. Alte und neue „Führer“ hoben immer wieder ab. Die später entworfenen „rätedemokratischen Organisationsmodelle“ wurden nie praktiziert. **Es gab Ansätze und Versuche, aber keine umfassend durchstrukturierte Basisdemokratie im SDS.** In anderen Studierendenorganisationen war es ähnlich. Ein Teil der Bewegung stellte basisdemokratische Ansätze definitiv in Frage und griff 1969/70 auf autoritäre, zentralistische Organisationsformen zurück.²⁹

12. Privatleben im politischen Leben

Es gab neben dem politischen ein privates Leben, das durch die Ansprüche der antiautoritären Bewegung stark beeinflusst wurde. Hier verhielt ich mich antiautoritär, offen und zwanglos. Große Essensrunden mit Wein, Haschisch und sog. „freier Liebe“ gehörten dazu. Nach getaner Polit-Arbeit trafen wir uns in Kneipen, die damals im Univiertel rar und schlicht waren. Es gab viele Partys oder spontane Treffen in Wohngemeinschaften mit Musik und Tanz, - Beatles, Rock, Jazz. Oft zogen wir in den „Gruenspan“, einem angesagten Musikclub auf St. Pauli, landeten auf dem Fischmarkt, sangen oder grölten Revoluzzersongs und trugen unsere roten Fahnen. Gegen die Übermüdung durch anstrengende Tage und durchfeierte Nächte probierten wir die Aufputschdroge Captagon. Die Wirkung war stark, beängstigend lange blieb ich hellwach.

Die „freie Liebe“ wurde als sexuelle Emanzipation oder sexuelle Revolution deklariert. Für viele mag sie das gewesen sein. Für mich und Helga wurde sie zum Problem. Sie führte zur ersten schweren Krise unserer Beziehung. Wir waren seit 1962 ein Paar, eng verbunden, verlobt und verheiratet in antiautoritären Zeiten. Ehe war verpönt, aber nützlich für die Wohnungssuche. Irgendwann ging ich „fremd oder bekannt“. Für Helga brach eine Welt zusammen. Sie verlor viel Vertrauen in unsere Beziehung. Es hat lange gedauert, bis wir uns mit diesen neuen Normen arrangierten und zu lebhaften Regelungen fanden.

Die damals propagierte „freie Liebe“ war nur die Fortsetzung des alten Privilegs von Männern. Jetzt wurde Frauen zugestanden gleichzuziehen. Vor allem sollten sie aber unter dem Deckmantel von Offenheit und Freiheit, Tabubruch und Fortschritt, verfügbar sein. Ich machte das zeitweise mit. Als „Wortführer“ nutzte ich meine Chancen, musste mich aber bald entscheiden.

13. Antiautoritärer Aufstand gegen den SDS-Vorstand auf der 23. DK

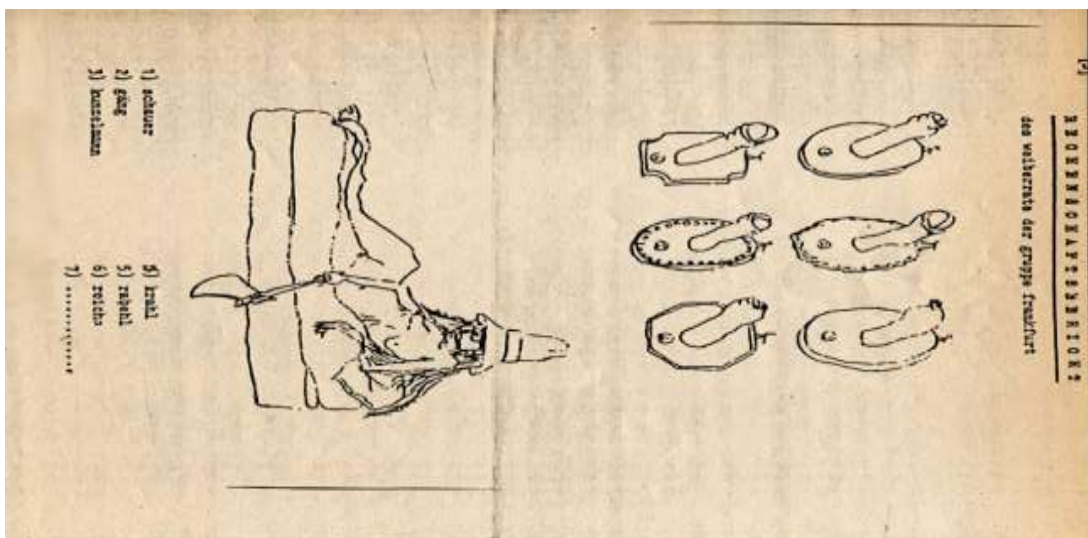
Auch zwischen den kleineren SDS-Gruppen und den führenden großen Landesverbänden in Berlin, Frankfurt und Heidelberg entwickelte sich ein Konflikt. Basisdemokratie geriet mit der zentralen Führung in Konflikt. Auf der 23. Delegiertenkonferenz 1968 im September in Frankfurt wurde der „Autoritätskonflikt“ von Helke Sander mit einem Paukenschlag eröffnet: Mütter, marginalisierten Frauen, prangerte die Ignoranz und Arroganz von Männern im SDS Berlin an: *„Helke Sander thematisiert in einer aufsehenerregenden Rede im Namen des ‚Aktionsrates zur Befreiung der Frauen‘ die unterdrückte Rolle der Frauen im SDS als Spiegel ihrer Situation in der Gesellschaft. Als nach dem Vortrag unvermittelt in der TO weitergegangen wird, fliegen Tomaten auf das Präsidium.“*³⁰

²⁹ Erst in den Neuen Sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen erfuhren basisdemokratische Elemente eine größere Resonanz. Die egalitären und toleranten Ansprüche wurden in überschaubaren Einheiten ausprobiert.

³⁰ Zitiert nach der „Chronik“ unter dem Datum 12. – 16.9.68, auf dieser website und die Rede von Helke Sander https://www.boell-bw.de/fileadmin/Heinrich-Boell-Stiftung/2008/68er/Helke_Sander_SDS_Rede.pdf

Die Autoritäten verweigerten jede Diskussion. Ich fand Helkes Kritik berechtigt. Sie ist meine Cousine, Helga und ich sprachen oft mit ihr über die Situation von Frauen im Berliner und Hamburger SDS. Sie wunderte sich, weil Frauen hier gleichberechtigter an der Arbeit teilnahmen; unter ihnen war aber damals keine Mutter! Ich kannte den Führungskern des Berliner SDS, war einige Male als SDSler dort und erlebte ein merkwürdig unsolidarisches Klima. Ich berichtete über die Hamburger Situation und unsere Schwierigkeiten, das gefiel Christian Semler nie: „Genosse, auf dieser Ebene diskutieren wir hier überhaupt nicht.“ Rudi Dutschke interessierte sich, wollte mehr über die Lage in Hamburg erfahren und stellte ernsthafte Nachfragen. Und Semler musste zuhören.

Die 23. DK wurde unterbrochen und im November in Hannover fortgesetzt. Diesmal planten die kleineren SDS-Gruppen aus Norddeutschland ihren Aufstand gegen die Berliner. Wir besetzten das Podium und verlangten, die bisherige Praxis der plenaren Vorträge mit Arbeitsgruppen zu kombinieren. Bisher hatten die Autoritäten der großen SDS-Gruppen ihre Analysen und politischen Strategien durch lange und wortgewaltige Referate verkündet oder verlesen. In der Diskussion konnten kleinere SDS-Gruppen kaum Einfluss gewinnen. Wir waren rhetorisch nicht so fähig wie die Berliner, Frankfurter oder Heidelberger Genossen. Letztendlich setzten wir unsere Forderung durch. Sichtbar wurde in diesen Auseinandersetzungen nicht nur das problematische Verhältnis von Basis und führenden SDS-Gruppen/Autoritäten. Auch die Unterschiede in der praktischen Aktionserfahrung und theoretischen Aufarbeitung in einzelnen SDS-Gruppen klappten auseinander. Die Berliner Militanz der offensiven Gewalt auch gegen Personen in der „Schlacht am Tegeler Weg“, in der kurz vor dieser DK 120 Polizisten durch Steinwürfe verletzt wurden, hinterfragten und kritisierten wir Hamburger, während die Berliner diese Praxis für alle verbindlich machen wollten.³¹



Mitten in die Plenumsdebatte flatterte das Flugblatt des Frankfurter „Weiberrates“, demzufolge die „sozialistischen Eminenzen“ im SDS von ihren „bürgerlichen Schwänzen“ zu befreien seien.

In dem Dokumentarfilm über diese DK „Django und die Tradition“, der den oben beschriebenen Grundsatzkonflikt der kleineren SDS-Gruppen gegen die großen Berliner und Frankfurter treffend aufzeichnet, sieht man, wie wir über dieses Flugblatt aus vollem Herzen lachen.³² Es drückte auch mein Verhältnis zu den „Eminenzen“ aus. Die reagierten empört.

³¹ Siehe Beitrag „Gewaltdiskurse in der Hamburger 68er Bewegung von 1966 bis 1969“, website <https://sds-apo68hh.de/wp-content/uploads/2020/08/Gewaltdiskurse-in-der-Hamburger-68er-Bewegung-Endfassung.pdf>

³² Günter Hörmann: Django und die Tradition, <https://av.tib.eu/media/25395>

Die Berliner, Frankfurter und Heidelberger Genossen diagnostizierten vorschnell eine „Ungleichzeitigkeit“ und verordneten ihr Rezept: Der Bundesvorstand sendet Reisekader an kleinere SDS-Gruppen, um die ungleichen Niveaus anzugleichen und auf Trab zu bringen. Leider gab es kein konkretes einheitliches Strategiekonzept, das Maßstab für ein fortgeschrittenes Niveau sein konnte. Schon auf dieser DK zeichneten sich ersten differierende Strategie- und Organisationsvorstellungen ab: Hinwendung zum „Proletariat“, zentralisierte Kaderorganisation oder breite antiautoritäre Bewegung als rätedemokratischen Organisation?

Das konkrete Ziel der angestrebten Systemüberwindung oder Revolution verschwand für mich in nebulösen Andeutungen und Phrasen. Mit meiner 7jährigen Erfahrung als Bauschlosser, also als Facharbeiter bzw. „Proletarier“, war ich überzeugt: Solange wir auf die Fragen, die viele uns stellten „Wie sieht denn Eure ‚sozialistische Gesellschaft‘ konkret aus, wie soll das alles funktionieren?“, keine konkreten Antworten geben konnten, würden wir über das bisher mobilisierte und politisierte Potential nicht hinauskommen. Ein Gärtner aus Hannover, der auf der DK in eine ähnliche Richtung argumentierte, wurde ausgebuht.³³

14. Das „Linkskartell“ und die Besetzung des Psychologischen Instituts

Nach der DK im Dezember realisierten wir das länger diskutierte „Linkskartell“. Um den rechten ASTA, eine Koalition rechten Teilen des SHB und RCDS, abzulösen, schlossen sich der SDS, die HSU, LSB und linke Kräfte aus dem SHB für die Wahlen zum StuPa als Linkskartell zusammen. Wie wir auf diesen Namen kamen, weiß ich nicht mehr. „Kartell“ stand ja für eine kritisierte kapitalistische Monopolisierung. Jetzt wurde es zum Kampfbegriff.

Wir gewannen die Mehrheit bei den Wahlen im Januar 1969 und übernahmen den ASTA. Kurz zuvor ging die Auseinandersetzung um die Verabschiedung des neuen Universitätsgesetzes in die letzte Phase. Um Druck aufzubauen, wurde das „Psychologische Institut“ besetzt. Die Ereignisse sind in der „Chronik“ und in meinem Beitrag „Gewaltdiskurse in der Hamburger 68er Bewegung“ ausführlich beschrieben. Auch der Dokumentarfilm „Junge Menschen in der Industriegesellschaft – Studenten proben den Aufstand?“ geht auf die Besetzung ein.³⁴

Ich will diese Informationen noch durch einige Erinnerungen ergänzen. Der SDS war bei dieser Aktion wieder Motor. Wir holten uns zusätzlich Verstärkung durch Udo Knapp, der als Reisekader für den Bundesvorstand unterstützende Funktionen wahrnehmen sollte. Er war ein guter und aggressiver Rhetoriker und ersetzte K.-H. R., der immer noch untertauchte. Inzwischen gab es aber etliche RednerInnen, die in der aktiven „Selbstorganisation“ heranwuchsen und mutig auftraten. Ich war vor allem für die Organisation verantwortlich. Das folgende Foto zeigt eine typische Beratungssituation inmitten der hektischen Besetzung. Flexibilität war gefordert. Inmitten der Runde stehe ich mit Notizen zu organisatorischen Entscheidungen. Das Moderieren, Notieren und Umsetzen von Beschlüssen war meine Aufgabe.

³³ ebenda

³⁴ S. in der „Chronik“ ab Datum 28.1.1969; den Beitrag „Gewaltdiskurse in der Hamburger 68er Bewegung von 1966 bis 1969“, S. 24 ff.; Dokumentarfilm: H. Hemming, F. A. Krummacher, M. Seide „Junge Menschen in der Industriegesellschaft – Studenten proben den Aufstand?“, link zum Film im Ordner Medien/Filme.



Foto: G. Zint

Wir konnten die Besetzung nur in einem begrenzten Umfang steuern, einige Kleingruppen waren impulsiv und antiautoritär gepolt. Sie schlugen ihr Lager in Büros der Professoren auf, rauchten Hasch und machten Party. Auch der Abwehrkampf gegen die Räumungsaktion verlief anarchisch. Feuerwehrschräuche in den Fluren des „Philosophenturms“ wurden als Wasserwerfer eingesetzt, überschwemmt alles, Wasser drang durch die Decken in die unteren Stockwerke. Der Sachschaden wurde später auf 250.000,- DM geschätzt. Einige wenige SDS-Mitglieder und ich wurden von der Uni auf Schadensersatz verklagt. Wir gewannen unsere Prozesse, da keine konkrete Tatbeteiligung nachgewiesen werden konnte. Dass wir Organisatoren der Besetzung waren, reichte nicht für eine Verurteilung.

Die „fortgeschritteneren“ SDS-Gruppen in Berlin, Frankfurt und Heidelberg konnten mit uns zufrieden sein. Wir hatten an „Militanz“ und Gewalt gegen Sachen aufgeholt.

15. ASTA-Organisationsreferent – Basisgruppenpolitik an der Uni

Im neuen „Linkskartell ASTA“ übernahm ich das Organisationsreferat. Unseren Kampf für eine Verbesserung des neuen Hochschulgesetzes verloren wir. Nach Verabschiedung des Universitätsgesetzes im Frühjahr 1969 blühten die Basisgruppen auf und wehrten sich gegen diese „Reform“. Sie wollten eine Reform von unten mit studentischen Rechten der inhaltlichen Kritik an Lehre und Forschung, am Prüfungssystem, am NC und der der Besetzung von Lehrstühlen u.a. Der Weg über die neuen Institutionen, (Konzil, Fachbereichs- und Institutsräte), war zu lang, verschob und verwässerte notwendige Veränderungen.³⁵

³⁵ Siehe Beitrag „Die Basisgruppenpolitik an der Universität Hamburg“ im Ordner „Beiträge“ auf dieser website <https://sds-apo68hh.de/wp-content/uploads/2020/03/Basisgruppenpolitik-Einleitung.pdf>

Der Schwerpunkt meiner Arbeit als Organisationsreferent war der Versuch, die vielen Basisgruppen zu koordinieren, d.h. einen Informationsaustausch zu organisieren und gemeinsame Perspektiven zu entwickeln. Im SDS war ich weiterhin aktiv.



Foto: G. Zint im ASTA Büro

Nach kurzer Zeit gab es Kritik aus den Basisgruppen. Der ASTA mache abgehoben von der Basis und den Basisgruppen seine eigene Politik. Daraufhin beschlossen wir, dass alle ASTA-Mitglieder in einer Basisgruppe mitarbeiten sollten. Auch ich engagierte mich jetzt zusätzlich in der Basisgruppe Soziologie/Politik (Soz/Pol). Die Entwicklung dieser Basisgruppe wird in meinem Beitrag „Basisgruppe Soziologie/Politikwissenschaft (BG Soz/Pol) vom WS 69/70 bis WS 71/72“ beschrieben.³⁶ Wir entwickelten alternative kritische Mentorenprogramme und Seminare, die erfolgreich marxistische Gesellschaftstheorie in die Fächer Soziologie und Politik implementierten.³⁷

Diese vielfältigen Arbeiten im ASTA, dem SDS und der Basisgruppe brachten mich an den Rand meiner Leistungsfähigkeit. Zusätzlich begannen im SDS die Grundsatzdiskussionen ab Juni 1969 zur künftigen Perspektive der Protestbewegung. Auch sollte der Mangel an theoretischer Qualifikation im SDS durch Schulungskurse behoben werden. Diese Debatten um Perspektiven und Schulungen zogen sich bis weit in den Herbst 1969 hin. Sichtbar wurde jetzt, dass es den SDS Hamburg als eine einheitliche Organisation gar nicht mehr gab. Er löste sich in Basisgruppen und unterschiedlich orientierte Wohngemeinschaften auf.

Es schälten sich zwei Positionen in der Debatte heraus: Die erste Position, gestützt auf ein Analyse- und Strategiepapier von K.H. Roth, - noch im „Untergrund“, ging von veränderten Klassenstrukturen durch die technische/wissenschaftliche Entwicklung („Produktivkraft

³⁶ Siehe Beitrag „Basisgruppe Soziologie/Politikwissenschaft (BG Soz/Pol) vom WS 69/70 bis WS 71/72“ auf dieser website <https://sds-apo68hh.de/wp-content/uploads/2020/07/Basisgruppe-Soziologie-Endfassung.pdf>

³⁷ Ebenda

Wissenschaft“) aus. Zunehmend würden „neue“ wissenschaftlich, besonders technisch qualifizierte Berufsgruppen, das gesellschaftsveränderndes („revolutionäre“) Potential werden und das traditionelle, ins System integrierte „Proletariat“ ablösen. Diese „neue Arbeiterklasse“ befände sich jetzt in der Ausbildungssituation und würde hier schon die repressive Umgestaltung zur Unterwerfung unter den kapitalistischen Verwertungsprozess erfahren. In der Bewegung von Studierenden, SchülerInnen und Lehrlingen seien viele bereits mobilisiert und politisiert. Diese Bewegung solle deshalb in eine „revolutionäre“ Jugendorganisation überführt werden. Nach ihrer Ausbildung könnten sie eine „revolutionäre“ Praxis in ihren Berufen, Betrieben und Institutionen beginnen. Die organisatorische Umsetzung sollte in rätendemokratischen Strukturen erfolgen.³⁸

Die zweite Position vertrat die Auffassung, dass eine praxisleitende revolutionäre Theorie/Analyse für die weitere Organisation der Protestbewegung noch nicht vorhanden sei. Der SDS solle, um seine Avantgardefunktion wieder wahrnehmen zu können, sich theoretisch und analytisch qualifizieren. Dies müsse in verbindlichen Schulungskadern zur Aneignung bisher relevanter sozialistischer Theorien erfolgen. Damit diese Schulung nicht zum Seminar-Marxismus verkomme, solle in Basisgruppen und im ASTA weiter mitgearbeitet werden. Wenn und soweit möglich, könnten Schulungsergebnisse in die Praxis umgesetzt werden.³⁹ - Ich stand der zweiten Position näher, wollte aber die erste in die Diskussion einbezogen wissen.

16. Letzter Versuch: Einheit in der Studierendenbewegung

Anfang November 1969 stellte sich K.H. Roth der Polizei. Der Haftbefehl gegen ihn wurde aufgehoben. Er begann sofort, mit Unterstützung einiger Basisgruppen, so auch der Basisgruppe Soz/Pol, ein Strategieseminar für eine „sozialistische Hochschulpolitik des ASTA“ zu planen. Im Mittelpunkt stand sein Analyse- und Strategiekonzept. Das Seminar war für Januar 1970 an drei Wochenenden vorgesehen.⁴⁰ Alle relevanten politischen Organisationen und Richtungen beteiligten sich mit Referaten. Ich übernahm die Sammlung und Herstellung einer Materialmappe für die Teilnehmer und ein Referat, in dem empirisch die qualitativen und quantitativen Strukturveränderungen aufgrund der wissenschaftlich/technischen Veränderungen nachgezeichnet wurden.⁴¹

Das Seminar war vollgepackt mit Referaten, die wenig Raum für Diskussionen ließen. Überfordert, politisch bereits umorientiert oder lustlos, lange Reden anzuhören, verließen viele das Strategieseminar. Schon am zweiten Seminartag erschien nur noch die Hälfte. Ob es da abgebrochen wurde oder später, weiß ich nicht mehr. Dem Konzept von K.-H. R. standen viele Aktivisten aus den Basisgruppen skeptisch gegenüber, da in den Septemberstreiks 1969 die Arbeiterschaft gezeigt hatte, dass sie kämpfte, auch gegen den Willen der Gewerkschaftsführung. Das Konzept von K.-H. R. wurde nicht diskutiert. Das Strategieseminar war gescheitert und K.H.R. verschwand für 4 Monate zur Vorbereitung seiner Abschlussprüfung als Mediziner. Er fiel damit als Redner der Opposition gegen die ML'er für die entscheidende Zeit der Transformation von großen Teilen der Protestbewegung aus. Sie

³⁸ Vgl. den Text in der „Chronik“ nach Datum 17.7.1969

³⁹ Ebenda

⁴⁰ K.H.Roth: Die sozialistische Hochschulpolitik organisieren, ZAS, Nr.12, 12.1.1970, S.8; [https://sds-
apo68hh.de/wp-content/uploads/2020/04/1970.01.12-ZAS-Nr.-12-Die-Sozialistische-Hochschulpolitik-organisieren.pdf](https://sds-apo68hh.de/wp-content/uploads/2020/04/1970.01.12-ZAS-Nr.-12-Die-Sozialistische-Hochschulpolitik-organisieren.pdf)

⁴¹ Arwed Milz: Rückwirkungen der Strukturveränderung des Kapitals auf die objektive Klassenlage der Intelligenz, 1969 (im Privatbesitz)

strömte in marxistisch-leninistische Gruppen und in den AMS-Spartakus. Viele andere zogen sich auf das Studium und Examen zurück. Anschließend engagierten sie sich erneut. Diese Entscheidung traf ich nicht Anfang 1970, sondern erst Ende 1971. Dazwischen ging ich den bitteren Weg in den KHB/ML und zurück.

17. Die „Zelle Produktion“ und der kurze Weg in und durch den KHB/ML

Nach dem gescheiterten Strategieseminar arbeiteten die neu entstandenen politischen Organisationen und Zirkel für ihre Vorstellungen und Programme intensiv und isoliert weiter. Von mir kaum bemerkt gewannen marxistisch-leninistischen Zirkel, die jetzt hinter ihrer Namensbezeichnung das Kürzel ML eintrugen, immer mehr Einfluss außerhalb der Universität, vor allem im Sozialistischen Lehrlings Zentrum (SLZ). Zu Beiträgen in der „APO-PRESS“, wo die Zirkel ihre konträren Positionen ausbreiteten, nahm ich kurz Stellung und hielt ihnen vor, dass ihre gegenseitigen Kritiken von „momentanen marxistisch-leninistischen Literaturkenntnissen“ geprägt seien.⁴² Ich kritisierte, dass die aus Berlin kommende Strategie, die Parole der „revolutionären Berufspraxis“, viel zu hoch greife und auf das Machbare konzentriert werden sollte. Eine Untersuchung zur Frage, in welchen Berufen und wie überhaupt „revolutionär“ gearbeitet werden könne, stünde an.⁴³ „Revolutionär“ meinte ich im Sinne radikaler konkreter gesellschaftspolitischer Veränderungen. Der Begriff „Reform“ war tabu; ich wäre damit im politischen Abseits gelandet. Man musste sich auf den inflationären Gebrauch „revolutionär“ einlassen. Ich hatte meine Kritik an politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen in der BRD und ihrer Politik in der sog. „Dritten Welt“ klargestellt. Sie beruhte auf Erfahrung, Analyse und Empörung; statt schwammiger Visionen verfolgte ich die realen Politikbewegungen der Länder zwischen Demokratie und Diktatur.

Im WS 69/70 war ich noch Organisationsreferent im ASTA. Die Koordinierung der Basisgruppen beschränkte sich nach dem gescheiterten Strategieseminar auf eine Zusammenarbeit mit den äußerst aktiven Mitgliedern verschiedener Basisgruppen. Anfang Februar 1970 beschloss der Kreis dieser Aktiven, die „Zelle Produktion“ zu gründen, in der nur tatkräftig Mitwirkende aus den Basisgruppen vertreten sein sollten. Sie waren politisch unterschiedlich positioniert. Sowohl Sympathisanten des AMS-Spartakus und des ML-Zirkels SALZ waren vertreten. Alle strebten eine Qualifizierung und Theoriebildung an. Weder die Theorie zum „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ des AMS-Spartakus, noch der Rückgriff der ML'ler auf den orthodoxen Marxismus-Leninismus der 1920er Jahre hielten wir für zureichend. Mit diesen Theorien könne keine „sozialistische“ Politik für die 70er Jahre begründet werden. Wir waren eine Minderheit. Innerhalb kurzer Zeit verschärfen sich die Konflikte zwischen den „Fraktionen“ in der ZP. Ich wusste nicht, dass einige schon aktiv im SALZ mitarbeiteten und heimlich die Gründung des Kommunistischen Hochschulbundes (KHB/ML) vorbereiteten.

Im Sommer 1970 fuhr ich mit einigen aus der Basisgruppe Soz/Pol für 14 Tage an die Nordsee, um zu zelten. Zwei Mitglieder, J.R. und J.V. erklärten nach drei Tagen, sie wollen weiter nach Amsterdam und reisten ab. Als wir nach Hamburg zurückkehrten, war der KHB/ML offiziell gegründet und hatte schon sehr viele Mitglieder gewonnen. Über die Gründe und Motive von vielen, die in diese Organisation eintraten, habe ich mich in dem Beitrag über die Basisgruppe

⁴² Arwed Milz: Zur Einschätzung der Hochschulpolitik durch den „S.A.L.Z-RAT“, in „APO-PRESS“, Nr. 17, 29.9.1969, S.32 f.; https://www.mao-projekt.de/BRD/NOR/HBG/ApoPress/Hamburg_APO_PRESS_1969_17.shtml

⁴³ Ebenda

Soz/Pol geäußert. Ein wesentlicher Grund war die massenhafte Schulung zu den Grundkategorien der marxistischen Gesellschaftstheorie, für die ich mitverantwortlich war. Sie fühlten sich hinreichend sicher und klug genug, um Kommunisten(-führer) zu werden.⁴⁴

Die beiden SALZ-Sympathisanten J.R. und J.V. waren nur zum Kundschaften mitgefahren, um sicher zu gehen, dass ich zum zeitgleich anberaumten offenen Gründungstreffen des KHB/ML in Hamburg nicht teilnahm. Ich hatte Einfluss in vielen Basisgruppen. Befürchtet wurde, ich würde als Opponent die Gründungsversammlung stören. Meine kritische Haltung zu den „Literaturpolitikern“ bei den Marxisten-Leninisten hatte ich ja in der „APO-PRESS“ und in der ZP deutlich gemacht. Wahrscheinlich haben sie mich überschätzt. Aber sie ließen „Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste“ walten.

Kurze Zeit später wurden R.Ch. vom „alten“ SALZ vor der ML Zeit, L.S. aus der BG Jura und ich zum KHB/ML in die Hochallee eingeladen. Die neuen „Führer“ des KHB/ML befragten uns zu unseren Absichten. R.Ch. und L.S. lehnten eine Zusammenarbeit kategorisch ab, ich bat um Bedenkzeit. Da stellte ich fest, dass sehr, sehr viele aus den verschiedenen Basisgruppen, besonders aus der Soz/Pol inzwischen Mitglieder im KHB/ML waren, dass sie sich alle als „Kommunisten“ verstanden und z.T. auch schon Anleitungsfunktionen innehatten. Damit war meine Basis im KHB/ML gelandet. Wieder stand ich vor der Entscheidung, ins Studium um- und auszusteigen oder mit den vielen „Genossen“ zusammen zu bleiben. Ich entschied mich für den KHB/ML. Helga, mit der ich bisher alle politischen Wege gemeinsam gegangen war, folgte nicht. Sie sympathisierte und experimentierte kurzzeitig mit dem AMS-Spartakus.

Für mich war die Mitgliedschaft im KHB/ML ein „Abstieg“, denn mir wurde für Gruppenarbeiten ein Aufpasser zugeteilt, der meine organisatorischen Erfahrungen nutzen und weitergeben sollte. Die Buchgläubigkeit der „Anleiter“ bestimmte die Politik und Organisation des KHB/ML und sorgte für allerlei Anekdoten und Zoten. So sollte ich zB eine „Arbeiterkneipe“ planen und gründen. Als ich fragte, was daraus werden sollte, es stünden doch an jeder Ecke Arbeiterkneipen, hieß es nach kurzem Zögern, ich sollte bei Stalin nachsehen, er erkläre alles.⁴⁵

Das SALZ und der KHB/ML waren Meister in der Politik der Unterwanderung; sie erschlossen sich so Ressourcen. Leider habe ich eine Zeitlang mitgemacht. Ich bewarb mich auf die Stelle eines wissenschaftlichen Mitarbeiters in der Evangelischen Studenten Gemeinde (ESG); die „Hochschule für Wirtschaft und Politik“ hatte ich als Volkswirt grad. abgeschlossen. Mit Unterstützung der unterwanderten Mitglieder der ESG bekam ich die Stelle. Aber nur ein Teil meiner Arbeit bezog sich auf den KHB/ML; die Hälfte meines Gehalts war an den KHB/ML abzuführen. Das war ärgerlich, weil eine Gruppe organisatorisch und finanziell unterstützte, die ich politisch nicht schätzte. Ich erinnere mich nicht mehr, wie ich mein Verhalten rechtfertigte. Lebte ich nach dem Motto, „mit den Wölfen heulen“? Oder verstand ich mich von vornherein als Platzhalter für eine aufzubauende „Kritikfraktion“?

Die phrasenhafte Politik des KHB/ML an der UNI wurde unerträglich. Der Hauptfeind schien der AMS-Spartakus zu sein. Wenn man nach einer Begründung des Revisionistenvorwurfs im KHB/ML fragte, wurde auf die jahrelange „ausführliche“ Revisionismuskritik der Chinesischen Kommunistischen Partei verwiesen. Für das SALZ mussten wir ab und zu Flugblätter

⁴⁴ Vgl. den Beitrag Arwed Milz: Basisgruppe Soziologie/Politikwissenschaft (BG Soz/Pol) vom WS 69/70-WS 71/72, in dieser website, <https://sds-apo68hh.de/wp-content/uploads/2020/07/Basisgruppe-Soziologie-Endfassung.pdf>

⁴⁵ Kautsky schrieb um 1900 viel über die Funktion von Kneipen für proletarische Solidarisierungen, aber auch über Branntwein, zerstörerische Sucht, versoffene Wochenlöhne und hungernde Kinder vor dem Gasthaus.

vor den Betrieben verteilen. Sie waren inhaltlich an gewerkschaftlichen Positionen entlang formuliert, wurden nur an einigen Stellen etwas radikaler gegen betriebliche Verhältnisse und auf höhere Lohnforderungen ausgerichtet. Fragwürdige „Faschismustheorien“ garnierten die Texte. Im Hier und Jetzt lauerten überall faschistische Tendenzen und Personen. Immerhin gelang es dem SALZ, mit solchen Radikalismen, viele Jungarbeiter zu mobilisieren und betriebliche Vertretungen zu besetzen. Das machte Eindruck auf die Kommunistenführer des KHB/ML.

In der ersten Hälfte 1971 sammelte sich so viel Kritik und Unmut im KHB/ML an, dass es möglich wurde, die Leute zu sammeln und zu organisieren. Es gab auch vermehrt Austritte. Wir formierten uns zur „Kritikfraktion“ und schrieben ein Papier, das im KHB/ML zirkulierte. Im Herbst 71 luden wir alle Mitglieder in die ESG ein. Es kamen 200 oder mehr, die Kritikpositionen vortrugen und kontrovers diskutierten. Das Ende des KHB/ML zeichnete sich ab. Einige wollten eine neue Organisation auflegen, wir sagten: „Nein. Kehrt an die Uni zurück, studiert und macht Examen. Geht mit Euren Ansprüchen in Betriebe und Institutionen, setzt um, was Rudi mit dem ‚Marsch in (durch) die Institutionen‘ meint.“ Wir wollten weiterhin eine gründliche Kapitalschulung unterstützen. Sie galt für uns als Basisqualifikation für jede weitere politische Arbeit.

Noch in dieser Versammlung brach der KHB/ML auseinander. Er platzte wie der arme Ochsenfrosch! Viele Mitglieder des KHB/ML folgten unserem Appell, andere gingen zum AMS-Spartakus und eine kleine Gruppe gründete sich als Sympathisanten des KB. Davon spaltete sich später wieder eine Gruppe ab, die Sozialistische Studenten Gruppe (SSG), die mit dem Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) sympathisierte. - Ich unterstütze in der ESG keine dieser Gruppen mehr und nutzte für den Rest meines Zeitvertrages bei der ESG im Frühjahr 1972 meine Arbeitszeit und mein Gehalt für mich. Ich hatte endlich die Entscheidung getroffen. Nach dem Scheitern des ASTA-Strategieseminars Anfang 1970 reichte der Überdruß noch nicht.

Der SDS und die 68er Bewegung hatten sich in eine Vielzahl und Vielfalt von Einzelteilen zerlegt. Anfangs bekämpften sich einige. Besserwisserei und Intoleranz kennzeichneten die moralisch aufgeladenen Krähe. Andererseits bot die Vielfalt der Perspektiven und Organisationsversuche für Tausende von Mobilisierten die Chance, sich auf eigene Interessen und Kompetenzen zu besinnen und sich nicht mehr auf andere zu verlassen. In dieser Potenz von Vielfalt steckte der Keim der neuen Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen der folgenden Jahrzehnte. Besonders in den 70er und 80er Jahren erfuhr diese zivilgesellschaftliche Entwicklung eine quantitative Verbreiterung und qualitative Vertiefung durch Ideen der 68er, wie Basisdemokratie und Selbstorganisation. Diese Entwicklung ist teilweise erforscht. Die Analysen und Dokumentationen sind in Büchern, Artikeln und Archive verstreut und somit kaum sichtbar. Stattdessen dominieren die Bilder der RAF und K-Gruppen die Folgezeit von 68.

Teil II Der lange Marsch in die Institutionen und Rückkehr nach Afrika

18. Politische und berufliche Perspektiven verbinden

Die meisten ehemaligen KHB-Mitglieder hatten schon lange kein Vertrauen in die ML-Organisationen, durch sie kapitalistische Gesellschaftsverhältnisse zu überwinden bzw. zu verändern. Die Agitation und konfliktorientierte Mobilisierung junger Arbeiter zum Aufbau einer neuen Arbeiterpartei unter Führung studentischer Intellektueller konnte nur Ränder und kleine Minderheiten erreichen. Die Fehler der 68er-Bewegung wurden kopiert. Wir mussten andere Wege finden. Wir wollten uns erstmal wissenschaftlich qualifizieren, das Studium erneut aufnehmen und abschließen. Die beruflichen Perspektiven sollten Möglichkeiten eröffnen, politisch aktiv an gesellschaftlichen Veränderungen mitzuwirken. Geblieben war die Auffassung, dass das nur im Handlungsraum der „Arbeiterklasse“ geschehen könne.

Aus den neuen „Kapitalschulungsgruppen“ bildeten sich etliche Studiengemeinschaften. Unsere Gruppe bestand aus 6–10 Studierenden. Wir machten zunächst einen „Selbstverständigungsprozess“ durch. An den Positionen des „Sozialistischen Büros“ / SB klärten wir unser Verhältnis zu den Gewerkschaften. Hierbei ging es um die Frage, wo „Gewerkschaften als Ordnungsfaktor oder Gegenmacht“⁴⁶ wirkten und welche Möglichkeiten bestünden, „gewerkschaftsnah“ zu arbeiten, d.h. in der Bildungsarbeit und Sozialforschung produktiv tätig zu werden.

Hans Georg Conert, mein Lehrer an der Heimvolkshochschule, vertrat in der zitierten Schrift für das SB die Position, dass eine sozialistische Politik in der BRD nur erfolgsversprechend sei, wenn sie von maßgeblichen Gruppen der Lohnabhängigen getragen würde. Das sei ohne große gewerkschaftliche Organisationen nicht möglich: „Anders als die sozialdemokratische Partei stehen die Gewerkschaften unter einem unmittelbaren Legitimationszwang, solche Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, die sie immer wieder in Frontstellung gegen die Unternehmerschaft und – in deutlich wachsendem Maße – in Konfrontation mit der die Bedingungen privater Kapitalverwertung sichernden staatlichen Wirtschaftspolitik versetzen“.⁴⁷ Die spontanen Septemberstreiks 1969 und 70/71, die Kämpfe um Betriebsschließungen und die innerbetrieblichen Konflikte machten uns das plausibel.

Für mich war deshalb eine kritische gewerkschaftliche Bildungsarbeit, die mich selbst politisiert hatte, eine Möglichkeit, politische Ambitionen mit dem Beruf zu verbinden. Die neue Erfahrung aus der 68er Bewegung, dass Bildung/Wissen in Verbindung mit Handeln durch konfliktäre Aktionen zu einer tieferen und breiteren Politisierung führten, sollte deshalb in Zukunft eine große Rolle spielen.

Ich richtete mein Studium auf entsprechende Qualifizierungen aus. Soziologie wurde mein Nebenfach, wie auch Volkswirtschaft. Hauptfach war Politikwissenschaft. In der Industriesozio- logie beschäftigten wir uns mit empirischen Untersuchungen zu Arbeitssituation und Arbeiter-

⁴⁶ Vgl. Hansgeorg Conert, Gewerkschaften heute – Ordnungsfaktor oder Gegenmacht? – Offenbach 1971. In dieser Position wurde die Politisierung der Gewerkschaftlichen Bildungsarbeit angestrebt.

⁴⁷ Ebda, S. IV

bewusstsein. Schwerpunkt war die Untersuchung von Kern/Schumann „Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein“.⁴⁸ Für mich wurde das „Arbeiterbewusstsein“ zu eng auf Arbeitsbedingungen bezogen. Als ehemaliger Bauschlosser wusste ich, dass es ein Leben außerhalb der Arbeit gab, das Bewusstsein mitprägte.

Ergänzend und konträr zur Kapitalschulung mussten wir uns im Fach Volkswirtschaft 71/72 mit dem Beginn eines sog. Paradigmenwechsels befassen: weg von Keynes gesamtgesellschaftlicher Wirtschaftstheorie, hin zur „Neoklassik“ von Hayek/Friedman. Oder von der Marktwirtschaft mit staatlich eingreifenden Regulierungen (Keynes) zur reinen Marktwirtschaftslehre, in der der Markt allein alles zum Wohle aller am besten regelt (Hayek/Friedman). Es war die Wiedergeburt einer alten Ideologie, die Jahre später unter dem Begriff „Neoliberalismus“ wirkmächtig werden sollte.

An der Uni Hamburg ging es politisch fiebrig zu wie 1968. Vollversammlungen, Vorlesungsstörungen und Solidaritätsdemo zu Vietnam/Kambodscha erreichten zahlenmäßig teilweise größere Ausmaße als 68/69. Ich beteiligte mich selten. Weggefährten aus der 68er Zeit traf ich nur noch in linken Buchhandlungen; jede politische Richtung hatte inzwischen ihren eigenen Buchladen.

An der Hochschule für Wirtschaft und Politik übernahm ich eine Stelle als wissenschaftliche Hilfskraft und arbeitete in einem kleinen Forschungsprojekt von Jürgen Prott mit. Es ging um eine Untersuchung zur Rolle der betrieblichen Interessenvertretung von Arbeitern bei betrieblichen Umstrukturierungen.⁴⁹ ⁵⁰ Hier wurden wir mit den realen Problemen der Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte und dem Bewusstsein der Arbeiter, Vertrauensleute und Betriebsräte dazu konfrontiert. Die Ergebnisse sollten auch für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit nutzbar gemacht werden. Mir wurde klar, dass eine kritische Bildungsarbeit schwierig werden würde, schwieriger als zu „meiner“ Zeit.

In der Politikwissenschaft waren für mich zwei Themen zentral: Demokratietheorien/-praxis und die aufkommenden Dependenztheorien für die sog. 3. Welt. Neben dem Interesse für den bewaffneten Kampf der Befreiungsbewegungen rückte der demokratische Weg des Linksbündnisses „Unidad Popular“ mit Salvadore Allende in Chile auch im Fach Politikwissenschaft in Hamburg in den Blick. Wir setzten ein mehrsemestriges Seminar bei/mit dem Dozenten Franz Nuscheler durch. Er schrieb später, dass er dadurch von 1968ern geprägt worden sei. Er wurde später ein kritischer Experte für „Entwicklungspolitik“.⁵¹ Die Seminare endeten in der Zeit des Putsches 1973 und der Militärdiktatur unter A. Pinochet. Unter Pinochet wurde die Theorie des Neoliberalismus von den „Chicago Boys“ erstmals in die Praxis umgesetzt.⁵² Und wieder war ein politischer Traum geplatzt!

Für meine Diplomarbeit in Politikwissenschaft untersuchte ich die innergewerkschaftliche Demokratie unter den Bedingungen staatlicher Wirtschaftspolitik seit 1966/67 bei der IG-Metall. Es ging um die Frage, wie die neue Wirtschaftspolitik der Konzertierte Aktion (KA) zu demokratischen Prinzipien der innergewerkschaftlichen Willensbildung passt: In der KA behandelten Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Staat künftige „Lohnleitlinien“ und einigten

⁴⁸ Kern, H., Schumann, M., Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein, Frankfurt 1970

⁴⁹ Prott, Jürgen und: Industriearbeit bei betrieblichen Umstrukturierungen, Köln 1975

⁵⁰ Giebelmann, Peter; Künstler, Ulrich; Milz, Arwed; Simoleit, Jürgen: Probleme betrieblicher Interessenvertretung bei Rationalisierungsmaßnahme - <https://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1976/1976-01-a-025.pdf>

⁵¹ Franz Nuscheler: Entwicklungspolitik, Bonn 2004, 5. Auflage

⁵² https://de.wikipedia.org/wiki/Chicago_Boys

sich auf grobe Margen. Daran orientiert, gab es bei Tarifverträgen nicht mehr viel zu verhandeln, Ich kam ich zu dem Ergebnis, dass das nur möglich sei, wenn die tarifpolitische Mitbestimmung in den Gewerkschaftsgremien eingeschränkt werden würde. Mein Ergebnis war, die Mitglieder wurden in Gremien so beteiligt, dass sie glaubten, sie hätten die vollen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte. Tatsächlich entschied die Gewerkschaftsführung. Diese problembeladene Konstellation erledigte sich im Laufe der 1970er Jahre durch spontane Streiks und Widerstände auf anderen Ebenen. Die Politik der KA endete 1977/78.

Nach dem Abschluss des Studiums erhielt ich eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim „Interdisziplinären Zentrum für Hochschuldidaktik“ (IZHD), wo sich auch die „Hochschulreformer“ aus der 68er Zeit sammelten. Ich erhielt für ein dreijähriges Forschungsprojekt zur „studienbegleitenden Abschlussprüfung“ einen Zeitvertrag. Auch auf der Grundlage dieses Gutachtens wurde an der „Hochschule für Wirtschaft und Politik“ die punktuelle Abschlussprüfung durch eine studienbegleitende abgelöst. In studienbegleitenden Prüfungen gehen die Leistungen, die während des Studiums erbracht sind, in die Endnote des Studienabschlusses mit ein. Das war bei der punktuellen Abschlussprüfung nicht der Fall, die nur Leistungen am Ende des Studiums einrechnet.

In dieser Zeit begann ich bei der Gewerkschaft ÖTV mit gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, der Schulung von Betriebs- und Personalräten zu ihren Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechten. Unsere Studierendengruppe ging ähnliche Wege: in die Bildungsarbeit, Lehre an Hochschulen oder Forschung als Sozialwissenschaftler in Instituten der Gewerkschaft u.a. Einrichtungen.

In diesen Zeitraum des Studiums, der wissenschaftlichen Arbeit und dem Beginn gewerkschaftlicher Bildungsarbeit verfolgte ich die politische Entwicklung an der Uni, die Aktionen gegen das Atomkraftwerk Brokdorf und die vielen entstehenden Bürgerinitiativen interessiert, aber engagiert mich nicht konkret. Statt in einer Wohngemeinschaft lebten Helga, ich und ihr Bruder als „kleine WG“ und „privatisierten“ wie es damals hieß. Mein großes Hobby wurde mit Dietmar Schmidt das Segeln auf der Elbe und im Nordfriesischen Wattenmeer und der Ostsee. Die Freiheit des Meeres, das Leben in und mit der Natur entsprach meiner früheren „Weite-Welt-Sehnsucht“, diesmal vor der Haustür. Aber ganz ohne WG kamen wir dann doch nicht aus und gründeten mit Gleichgesinnten 1974 eine Wochenend-WG auf dem Land. Auch eine übliche Entwicklung, die damals begann. Natürlich besuchten wir nach der „Nelkenrevolution“ Portugal. Dort sahen wir auf einer begeisternden Massenversammlung der „Kommunistischen Partei“ Mitglieder des KB den „Arbeiterkampf“ anbieten. Da dachte ich, die Entscheidung da auszuscheiden, war richtig gewesen.

19. Als 68er auf dem Weg in und durch die Gewerkschaft ÖTV von 1979 - 1998

Gegen Widerstände in hauptamtliche Tätigkeiten bei der ÖTV

Mein Zeitvertrag mit der Uni lief Ende 1978 aus und ich wurde für ein Jahr arbeitslos. In dieser Zeit verstärkte ich meine gewerkschaftliche Bildungsarbeit bei der ÖTV. Weil ich an der Uni im öffentlichen Dienst gearbeitet hatte, wechselte ich von der IG-Metall in die ÖTV. Die ersten 68er hatten es geschafft, dort hauptamtliche Mitarbeiter zu werden. D.M., ein Trotzkiist, war Bildungssekretär und bei ihm wurde ich ehrenamtlicher Mitarbeiter (Teamer). U.K., ehemaliger

Aktivist bei den Streiks der Seeschiffahrtsschülern 1969, hatte nach kurzer Kapitänszeit nochmal Jura studiert und war jetzt Sekretär bei der ÖTV. Als Teamer lernte ich viele ehrenamtliche Mitglieder kennen (Vertrauensleute, Betriebs- und Personalräte), von denen einige im Bezirksvorstand der ÖTV aktiv waren. Als die Stelle eines Rechtsschutzsekretärs frei wurde, forderten mich einige haupt- und ehrenamtliche Funktionäre auf, ich solle mich bewerben, ich hätte doch an der HWP im Nebenfach Arbeitsrecht studiert und in der Bildungsarbeit gezeigt, dass ich das Metier beherrsche. Ich hatte Bedenken. Nur einzelne Mitglieder zu vertreten, war nicht meine Vorstellung von „politischer“ Arbeit. Aber als bekannter 68er hätte ich kaum eine Chance, in der ÖTV direkt auf die Mitglieder „losgelassen“ zu werden.

So bewarb ich mich. Vorher trat ich in die SPD ein. Man hatte mir klar gemacht, dass ohne diese Mitgliedschaft keine Einstellung möglich sei. Nur so sei bewiesen, dass ich kein Mitglied einer K-Gruppe oder DKP sei. Diese „Formalität“ war für mich nur ein kleines „moralisches“ Problem, das vernachlässigbar war. Mit dem Druck der „Basis“, der Mehrheit im Bezirksvorstand, wurde mir die Stelle zugesagt. Die hauptamtliche Bezirksleitung konnte mich als „Einzelplatzarbeiter“ in der Rechtsabteilung akzeptieren. Meine Freude war groß. Dann kam aber vom ÖTV-Hauptvorstand aus Stuttgart das NEIN. Es begann ein stressiges Hin und Her. Bis heute ist nicht klar, warum der Hauptvorstand ablehnte. Es gab beim Vorsitzenden Heinz Kluncker jemanden, der mich aus dem Studium an der HWP kannte. Die Bezirksleitung, gedrängt vom Bezirksvorstand, besonders von den beiden 68ern, setzte sich schließlich durch und ich trat als Rechtsschutzsekretär an.⁵³

Wie bringen wir Werte der 68er in die Gewerkschaftsarbeit ein?⁵⁴

Für mich bedeuteten die Rechtsstreite vor dem Arbeitsgericht konkret, praktisch, alltäglich kleiner „Klassenkampf“ auf der unteren Basis: Ich verteidigte Betroffene gegen Kündigungen, Abmahnungen, Lohnkürzungen und stritt um Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte für Betriebs- und Personalräte. Ich schulte meine Arbeitsrechtskenntnisse, die bisher eher theoretisch fundiert waren, in realen Arbeitsrechtsstreiten vor Gericht im Schlagabtausch mit den Rechtsanwälten der Unternehmer. Die Schwächen der gesetzlichen und tariflichen Regelungen wurden deutlich sichtbar. Verbesserungen zu Gunsten von ArbeiterInnen und Betriebs- und Personalräte wären nur möglich, wenn die gesetzlichen und tariflichen Regelungen geändert würden. Deshalb war mein Ziel, möglichst bald Gewerkschaftssekretär im Betreuungsbereich der Mitglieder und ihrer Betriebs- und Personalräte zu werden. Als 68er „gezeichnet“ konnte ich das zunächst wegen der herkömmlichen innergewerkschaftlichen Machtverhältnisse nicht erreichen. Als ich auf einer Versammlung der Gewerkschaftssekretäre neue Richtlinien für die Wahlen von Vertrauensleuten kritisierte, die den Einfluss von Mitgliedern der K-Gruppen einschränkten, erhielt ich eine heftige Rüge: „Was willst Du? Basisdemokratie einführen?!“, schrie mich der Bezirksleiter an. Ich hatte kritisiert, dass statt der Direktwahl der Vertrauensleute durch Mitglieder jetzt ein Wahlmännergremium zwischen Basis und Vertretung eingerichtet werden sollte. Damit saß ich erstmal in der Rechtsabteilung fest.

Als die ersten Auswirkungen des rüden Neoliberalismus die ArbeitnehmerInnen der ÖTV erreichten, wurde ich ab und zu auch außerhalb der Rechtsabteilung als „Experte“ eingesetzt. Es

⁵³ In der Arbeitsgerichtsbarkeit können Verbandsvertreter aus Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ihre Mitglieder wie Rechtsanwälte vertreten. Formal ist also kein Jurastudium vorgeschrieben.

⁵⁴ Da die Autobiografie schon lang geraten ist, skizziere ich meinen weiteren Lebensweg nur noch exemplarisch anhand der Versuche, den „kritischen Geist von 68“ durch meine Tätigkeit gesellschaftlich einzubringen

ging um die „Ausflaggung“ der Schiffe in der deutschen Seeschifffahrt. Deutsche Schiffseigentümer ließen vermehrt ihre Schiffe in ausländischen Schiffsregistern eintragen, um so dem deutschen Recht zu entgehen. Bis auf die Schiffsoffiziere wurden deutsche Seeleute durch preiswerte ausländische ersetzt. Für ihre Entlohnung galt kein deutscher Tarifvertrag. Die ÖTV und der Internationale Transportarbeiterverband (ITF) versuchten, durch Schiffsboykotte, Streiks und Klagen vor den Arbeitsgerichten, den Tarifvertrag des ITF durchzusetzen. Die Schiffsboykotte in Hamburg waren teilweise regelverletzend oder gesetzwidrig. 1968 ließ grüßen. Streit und Kampf zogen sich über Jahre hin. Die Solidarität der Hafendarbeiter war nicht besonders ausgeprägt. Alle sahen diese ersten direkten Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung auf deutsche Arbeitsplätze als Problem der Seeschifffahrt an. Schiffe waren ja nicht standortgebunden. Die Hafendarbeitsplätze schon. Was für ein Irrtum!



Foto: A. Milz Streikorganisator ITF-Sekretär Guntram Wille mit einem Koffer voll erstreikter Dollars



Foto: A. Milz Ein ÖTV-Bus parkt über dem Festmacherpoller, die Leinen es boykottierten Schiffes können nicht losgeworfen werden

Neue innergewerkschaftliche Machtverhältnisse

Ende der 1980er Jahre wuchs im ehrenamtlichen Bereich der ÖTV der Anteil der kritischen und linken Kräfte. Als Vertrauensleute, Betriebs- und Personalräte gewannen sie in innergewerkschaftlichen Gremien, Delegiertenversammlungen und im Bezirksvorstand mehr Einfluss.

Inzwischen war ich Mitglied im Betriebsrat der ÖTV Hamburg, bald auch Vorsitzender. Bei Neueinstellungen von Sekretären versuchten wir als Betriebsrat, möglichst kritische Funktionäre zu gewinnen, auch im Konflikt mit dem Hauptvorstand der ÖTV. Wir begannen, auch Frauen bevorzugt durchzusetzen. Zunächst in der Rechtsabteilung, später in anderen Betreuungsbereichen. Bei den Wahlen zur Bezirksleitung führten diese Verschiebungen im ehrenamtlichen Bereich zu einem neuen Kräfteverhältnis. Ein Mitglied der Bezirksleitung wurde abgewählt, das neue kam aus der 68er-Generation. Später trat ein weiteres Bezirksleitungsmitglied der „alten Garde“ nicht wieder zur Wahl an. Danach folgte auch die erste Frau in die Bezirksleitung.

Das waren Erfolge, - 20 Jahre nach 1968. Wir waren inzwischen alle 40-50 Jahre alt und hatten uns streckenweise aufgerieben. Dass der „Marsch“ derart hürdenreich und langwierig sein würde: Wer hätte das gedacht? Nach der deutlichen Verschiebung des Kräfteverhältnisses in der Bezirksleitung konnte ich endlich in die Betreuungsarbeit für Mitglieder, Betriebs- und Personalräte wechseln. Ich bildete ein Team mit einer Kollegin; wir waren für den großen Bereich der Hamburger Krankenhäuser und Kindertagesstätten zuständig.

Mehr Lohn für Frauen - Abwehrkämpfe gegen Privatisierung

Die Arbeit im Betreuungsbereich war anfangs durch die Alltagsarbeit von Gewerkschaftssekretären geprägt: Beratung von ArbeitnehmerInnen in Konflikten mit dem Arbeitgebern, Prüfung ihrer Ansprüche und Anträge, um sie geltend zu machen; dito für die Betriebs- und Personalräte. Hinzu kam die Aushandlung von Tarifverträgen, manchmal verbunden mit Demonstrationen, Warn- und Vollstreiks.

Ende der 1990er Jahren zeigten sich in der Konsequenz des ökonomischen Neoliberalismus, erste tiefe Eingriffe durch Privatisierung. Sie wirkten sich in tariflichen Verschlechterungen auf die Löhne und Arbeitsplätze aus. Sie betrafen nicht nur die Seeschifffahrt! Mit der geregelten „Alltagsarbeit“ war es vorbei.

Zwei Beispiele sollen diesen Übergang skizzieren. Der erste war noch ein Erfolg: die höhere Eingruppierung der Erzieherinnen in den Kindertagesstätten Anfang der 90er Jahre. Als wir starteten, waren viele skeptisch, ob der von Frauen dominierte Arbeitsbereich durchhalten würde. Mit intensiver Aufklärungsarbeit, einfallreichen, bunten Demonstrationen konnten wir in Hamburg die Beschäftigten so konsequent mobilisieren, dass eine Verbesserung der Eingruppierung und damit eine Lohnerhöhung erzielt wurde.



Fotos A. Milz Warnstreik der Erzieherinnen für mehr Lohn 1990

Dieser Tarifabschluss war eine „Hamburgensie“. Er galt nur für Hamburg und war ein Durchbruch für das Problem der Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen. Wir konnten jetzt auch für andere „Frauenbereiche“ in der Kindererziehung und Sozialarbeit eine bessere Bezahlung durch neue Eingruppierungsverträge erstreiten. Die Tarifabteilung beim Hauptvorstand der ÖTV in Stuttgart hatte das noch nicht auf der Agenda. Wir mussten es mit weiteren Demonstrationen und Aktionen in der Hamburger Innenstadt, auch unter Verletzung der Bannmeile, am Kochen halten. In Berlin streikten die ErzieherInnen ebenfalls wochenlang für bessere Arbeitsbedingungen. Stuttgart sah sich gezwungen zu verhandeln. Die folgenden Tarifaussinandersetzungen mit Streiks führten bundesweit zu verbesserten Eingruppierungsverträgen und Lohnerhöhungen.

Das zweite Beispiel markiert eine schrittweise Umkehr. War es bisher mit Tarifverträgen zu Löhnen und Arbeitsbedingungen immer aufwärts gegangen, drehte sich jetzt der Wind. Bald fuhr die ÖTV trotz Streik die erste tariflich vereinbarte Verschlechterung von Arbeitsbedingungen ein. Die Arbeitszeit bei großflächigen Gebäudeanlagen begann nicht mehr mit dem Betreten des Geländes, sondern am Gebäudeeingang. Das sah nach einem kleinen Schritt aus. Es war aber der Anfang von weiteren großen Schritten der Verschlechterung, die tariflich vereinbart wurden. Dazu meinte die 1. Vorsitzende der ÖTV, Monika Wulff-Mathies: „Tarifverträge sind keine Einbahnstraße“.

Die Organisation der vielen Demonstrationen, Aktionen und Streiks neben der Betreuungsarbeit brachten mich wieder an den Rand meiner Leistungsfähigkeit. Ich zählte die Demonstrationen, Aktionen und Streiks, die ich organisierte oder mitorganisierte, nicht. Verteilt über die Jahre waren es viel mehr als in 68er Zeit, weniger militant, in der Mobilisierungswirkung aber ähnlich. Gern hätte ich weniger gearbeitet, in Teilzeit oder Sabbaticals. In der ÖTV war das Ende der 90er Jahre undenkbar, man war immer vollzeitig im Einsatz. Bei mir betrug die Wochenarbeitszeit zwischen 45 und 50 Stunden, in Streikphasen ging sie weit darüber hinaus. Die ÖTV wie andere Gewerkschaften gerieten finanziell in Schwierigkeiten. Ein Grund war die Pleite der Wohnungsbaugesellschaft „Neue Heimat“ in den 1980er Jahren und ihre Folgen. Große Vermögen der Gewerkschaften gingen verloren, auch das Vertrauen vieler Mitglieder, die ihre Mitgliedschaft kündigten. Um die Streikkasse nicht zu plündern, musste die ÖTV sparen. So reagierten die Gewerkschaften wie private Unternehmen: Sie legten Sparprogramme durch Personalabbau auf. Als 59jähriger nahm ich das Angebot an, vorzeitig auszuscheiden. Dieser Weg wurde finanziell gut abgesichert.

Ich arbeitete jetzt ehrenamtlich weiter, allerdings mit eingeschränkten Arbeitszeiten. Mitte der 1990er Jahre hatten schon „Ausgliederungen“, also Privatisierungen bestimmter Sektoren wie Reinigungsdienst, Essen/Küche im öffentlichen Dienst, begonnen. 2001 folgte der große Schlag von Ole van Beust und Schill: Privatisierung der staatlichen Krankenhäuser (Landesbetrieb Hamburger Krankenhäuser) und der Alten- und Pflegeheime (Pflegen & Wohnen). Beide Privatisierungsdramen begleitete ich als Referent und Mitorganisator von Aktionen. Die gewerkschaftlichen Mittel reichten nicht, die Privatisierung zu verhindern, aber sie sorgten für Abfederungen. Darum waren nun meine Arbeits- und Sozialrechtskenntnisse gefragt. In ÖTV- Bildungszentren führte ich einwöchige Fortbildungen mit dem Schwerpunkt Renten- und Zusatzrentensysteme im öffentlichen Dienst durch. Dieses schwierige Thema den Mitgliedern, Vertrauensleuten und Personalräten zu vermitteln, war nicht leicht, zumal auch hier viele Eingriffe erfolgten, die die RentenerInnen schlechter stellten. Diese gewerkschaftliche Aufgabe war für mich „rentnergerecht“. Ich war in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit gelandet und tat das gern, weil ich Mitglieder beraten, betreuen, ermutigen konnte.

Rückblickend gab es bei meinem Marsch in die Institutionen nur bis Anfang der 1990er Jahre einige Erfolgserlebnisse. Die Auswirkungen des Neoliberalismus durch entsprechende finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen des Staates, später unter der Rot-Grünen Regierung verstärkt, vernichteten viele sozialökonomische Erfolge. Die kapitalistische Dynamik hatte sich mächtiger erwiesen als das linke Engagement.

20. Die Rückkehr nach Afrika: Das Ende der Befreiungsideologien.

Konkrete Solidarität in kleinen Selbsthilfe Projekten in Westafrika 2000 - 2020

Nach dem Ende der Tuaregrebellion von 1990–1995⁵⁵ konnte um 2000 herum der Norden der Republik Niger am Südrand der Sahara wieder bereist werden. Meine erste Reise nach Agadez⁵⁶ und Touren mit ehemaligen Rebellen fand 1999/2000 statt. Sie hatten viele Geländewagen aus der Rebellionszeit behalten und wurden jetzt Reiseunternehmer. Mit einem freundete ich mich an. Aghali Alambo war Fahrer eines Rebellenführers gewesen. Er sprach deutsch und hatte sich auf deutsche Touristen spezialisiert. Bei ihm fuhr ich einige Male mit und er ermöglichte mir in einem Nomadenlager der Tuareg, ein kleines Projekt mit Solartechnik zu beginnen. Die Nomaden verbrauchten größere Mengen Einweg-Batterien für ihre Taschenlampen und Musikrecorder. Nach Gebrauch wurden die quecksilberhaltigen Batterien weggeworfen, oft in die Nähe ihrer Brunnen. Ich wollte diese Wegwerfbatterien durch solar aufladbare Akkus ersetzen. Das schonte die Umwelt und sparte die Kosten für den ständigen Nachkauf neuer Batterien.



Foto A. Milz Meine ersten Solarlampen-Tests bei den Tuareg-Nomaden

⁵⁵ S. [https://de.wikipedia.org/wiki/2. Tuareg-Rebellion](https://de.wikipedia.org/wiki/2._Tuareg-Rebellion)

⁵⁶ Agadez ist heute „Außengrenze“ der EU. Hier werden mit deutscher Unterstützung die Flüchtlingsströme nach Norden abgefangen. Vor 20 Jahren war Agadez das „Eingangstor“ zur südlichen Sahara mit Wüstenpisten nach Libyen und Algerien.

Aghali Alombo besuchte mich in Deutschland und unterstützte mein Projekt. Mit ihm diskutierte ich über die Rebellion von 1990–1995. Im Wesentlichen war es um die Gewinne aus der Uranmine bei Arlit gegangen. Sie liegt auf dem Gebiet der Tuareg. Frankreich beutete das Uran zu Billigstpreisen aus. Auch die Atomkraftwerke in Deutschland profitierten von dem billigen Uran: moderner „Raubkapitalismus“. Durch ein Abkommen zur Beendigung der Rebellion sollten die Tuareg jetzt etwas von den Gewinnen abbekommen, um Gesundheitszentren, befestigte Pisten und Schulen zu bauen. Aghali meinte in den Diskussionen mit mir, jetzt würden die ehemaligen Rebellen eine demokratische Beteiligung in der Politik anstreben. Er gründete sogar eine eigene Partei, mit der er aber bei den Wahlen scheiterte.



Fotos A. Milz Aghali Alombo bei mir zu Hause in Reinbek und im Airgebirge/Niger

Mein Projekt machte kleine Fortschritte. 2007 wollte ich in einem größeren Umfang selbstentwickelte Solarlampen bei den Nomaden testen. Ohne dass ich es bemerkte, hatte Aghali mit anderen Tuaregs eine weitere Rebellion geplant. Sie schlugen zu, während ich im Air Gebirge unterwegs war. Eine zweijährige Rebellion, unterstützt von M. al-Ghadafi begann mit Überfällen auf Militärstützpunkte.⁵⁷



Le Pdt Aghaly, Zada, Sougouma, Adamou et Mohamed Wanjata dit Tombola, conseiller militaire

Aghaly Alambo, 3. von rechts als Rebellenführer

⁵⁷ https://de.qaz.wiki/wiki/Niger_Movement_for_Justice

Überall waren Pisten- und Straßen durch das Militär abgeriegelt. Über Schleichwege konnte ich heimlich und geschützt von den Rebellen das Aufstandsgebiet verlassen. Das Nomadengebiet wurde Kampf- und Sperrgebiet, es durfte nicht mehr bereist werden. Das war das Ende meines Projektes im Niger. Zwei Jahre später spaltete sich die Rebellenbewegung und endete mit einer neuen Vereinbarung und Entwaffnung der Rebellen. Es hieß dann, Aghali Alombo hätte Gelder, die die entwaffneten Rebellen erhalten sollten, selber behalten. Er soll später die Flucht eines Teils der Familie von Ghadafi nach dem Aufstand in Libyen nach Mali und Burkina-Faso mitorganisiert haben.⁵⁸ Meine konkrete Erfahrung mit der Rebellion gegen die Rohstoffausbeutung durch Frankreich ließ meine letzten Reste von „Revolutionsromantik“ verfliegen. In den meisten afrikanischen Ländern, in denen die Befreiungsbewegungen an die Macht kamen, kehrten die westlichen Rohstoffausbeuter zurück und korrumpierten die ehemaligen Führer der Befreiungsbewegungen. In dem Buch „Der Fluch des Reichtums“ hat Tom Burgis das detailliert analysiert.⁵⁹ Die Entwicklung zum repressiven und korrupten Staat am Beispiel Angolas und der von uns 1968 mit einem Sprengstoffanschlag unterstützten MPLA⁶⁰ ist in diesem Kontext desillusionierend. Wir haben uns damals und bis heute für koloniale und postkoloniale Befreiungen begeistert. Jetzt steht wahrscheinlich Bolivien auf Platz eins. Viele 68er bleiben ewige Optimisten, was die Verbesserung gesellschaftlicher Verhältnisse durch gewaltsamen Umsturz angeht.

Zwei Jahre später baute ich in Nigeria mit dem Verein „Lernen-Helfen-Leben“ eine Ausbildungswerkstatt auf, in der junge Frauen und Männer lernten, Solarlampen und kleine Solar-Home-Systeme zu bauen, zu warten und zu reparieren.



Foto A. Milz Montage einer Solarlampe

⁵⁸ https://www.nzz.ch/tuareg_als_unwillige_helfer_ghadhafis-1.12676131

⁵⁹ Tom Burgis: Der Fluch des Reichtums. Frankfurt 2016. https://www.deutschlandfunkkultur.de/tom-burgis-der-fluch-des-reichtums-wie-konzerne-und.1270.de.html?dram:article_id=371157

⁶⁰ S. den Beitrag „Gegen den portugiesischen Kolonialkrieg in Afrika: Der Anschlag auf eine bei Blohm & Voss gebaute Korvette im Oktober 1969 (Erik-Karl Christian)“ auf der website <https://sds-apo68hh.de/beitraege/>

Der Versuch hatte einen geringen Erfolg, da die Großstadt Kaduna keinen Absatzmarkt für diese Produkte bot. Die jungen Menschen konnten nicht viel verdienen. Der Weg auf die Dörfer, wo es eine Nachfrage gab, war zu weit. Später machte der Terror durch Boko-Haram eine weitere Entwicklung des Projektes unmöglich. Um 2010/11 begann ich mit einem Ausbildungsprojekt für Solartechnik in Burkina-Faso. In Selbstbaukursen lernten Frauen und Männer in den Dörfern, wie man ein kleines **Solar-Home-System (SHS)** bauen kann. Durch ausführliche Recherche hatte ich vorher festgestellt, dass es in Burkina-Faso alle notwendige „Hardware“ auf den lokalen Märkten zu kaufen gab. Es mangelte nur an Kenntnissen und Fähigkeiten, diese „Hardware“ richtig zusammenzubauen. In der Zeitschrift des „Entwicklungsministeriums“ der E+Z (Entwicklung und Zusammenarbeit) fasste ich die Rechercheergebnisse und Schlussfolgerungen zusammen.⁶¹ Ich schrieb eine „Selbstbauafibel“⁶² und lernte meine burkinischen Partner Robert Ouedraogo als Ausbilder an. Danach führte er viele Selbstbaukurse zu je 10 Teilnehmern durch, die als Multiplikatoren in den Dörfern tätig wurden. Das verstehe ich unter „Hilfe zur Selbsthilfe“. Die deutschen Konzepte zur Entwicklungszusammenarbeit gingen überwiegend einen anderen Weg in der Solartechnik: Sie koppelten sie an die Exportförderung deutscher Solartechnik.



⁶¹ <https://www.dandc.eu/de/contributors/arwed-milz>

⁶²französisch <https://1-h-l.de/sites/default/files/dateien/noticedemontagepourlesolar-home-system.pdf>
deutsch <https://1-h-l.de/sites/default/files/dateien/selbstbauafibel2014rahmenschwarz150ppi.pdf>



Fotos R. Ouedraogo Zehn stolze Selbstbauer und mein Partner Robert Ouedraogo (Mitte)

Später beschaffte ich die Finanzierung einer vollständige Ausbildungswerkstatt. Der Einsatz von Solartechnik wurde auf die landwirtschaftliche Bewässerung ausgedehnt. Benzinbetriebene Pumpen werden durch solarbetriebene ersetzt.



Fotos R. Ouedraogo

Bau einer solarbetriebenen Pumpenanlage 2019

Mein sozialpolitisches Engagement konzentrierte sich auf kleine Selbsthilfeprojekte. In Burkina-Faso und anderen afrikanischen Ländern setze ich auf die junge Generation, die überall trotz korrupter, repressiver Regierungen und bürgerkriegsähnlicher Verhältnisse wie in Burkina-Faso, immer wieder versucht, einen demokratischen Aufbruch zu organisieren. Junge Menschen wie mein engagierter Partner im Ausbildungsprojekt, Robert Ouedraogo, sind die Hoffnung Afrikas. Veränderungen brauchen beides: politisches Engagement und Aufbau von Beschäftigungsmöglichkeiten, möglichst durch selbstorganisierte und nachhaltige Projekte.

„Fridays for Future“ und mehrere tausend sozial-ökologischen Bürgerinitiativen, die sich mit Massendemonstrationen, Basisinitiativen und mit Forderungen für eine „Volksgesetzgebung“

politisch einmischen, sind die Basis für eine neue Transformationsbewegung. In ihr sind viele Ziele, Werte und Protestformen von 68 aufgehoben. In all den kleinen alternativen Projekten, sozial-ökologischen Gruppen, bei den Grünen, Sozialdemokraten und der „Linken“ wiederholen sich aber Fehler der 68er: Besserwisserei, Ab- und Ausgrenzung, Spaltung, Lagerdenken, Dominanzstreben, - alles im Namen einer Welterrettung, bzw. Systemüberwindung. Mit Konkurrenzgebaren kann das widerständige Potential der neuen Zivilgesellschaft seine Wirkung nicht entfalten, - weder in Wahlen noch auf Straßen. Es geht um Politik und um den realen Anspruch an der Mitwirkung beim Führen und Gestalten des Gemeinsamen.

12/2020 Arwed Milz